



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

40. Jahrgang · Heft 9

September 1988

Grafik des Monats: Investitionen im verarbeitenden Gewerbe

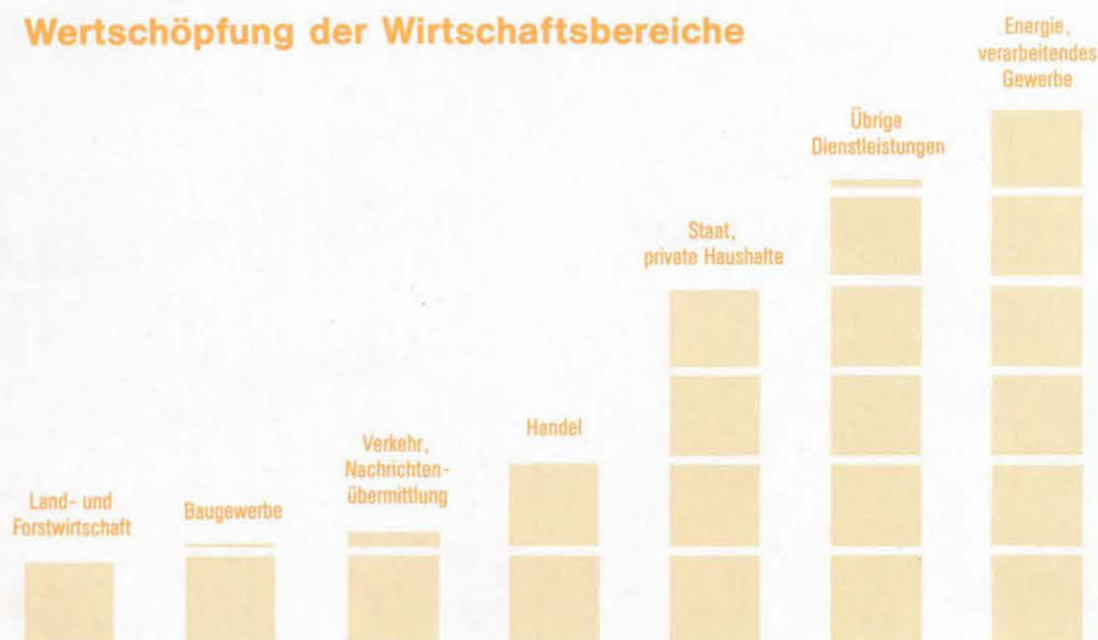
Aufsätze: Aufbereitung der Volkszählung 1987
Wohngeld 1987

Kurzberichte: Kaufwerte für Bauland 1987

Aus unserem Archiv

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		Juli 1988		Januar bis Juli 1988	
Beschäftigte	1 000	166	+ 0,8	164	- 0,0
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	14	- 5,8	15	- 0,0
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	593	+ 1,5	568	+ 3,7
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 939	+ 7,1	3 027	+ 4,6
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 177	- 0,9	2 285	+ 2,5
Auslandsumsatz	Mill. DM	762	+ 39,3	742	+ 11,6
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 586	+ 6,5	1 862	+ 16,2
aus dem Inland	Mill. DM	1 064	+ 1,7	1 200	+ 10,0
aus dem Ausland	Mill. DM	522	+ 17,8	663	+ 29,4
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	38	- 7,8	37	- 3,6
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	4	- 17,7	4	+ 4,5
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	111	- 12,4	95	+ 3,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	402	- 6,9	305	+ 17,2
Auftragseingang ³	Mill. DM	253	+ 22,8	229	+ 16,0
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	709	- 4,7	607	+ 7,1
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	728	+ 90,6	452	+ 20,2
Einzelhandel					
		Juni 1988		Januar bis Juni 1988	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	109,4	+ 5,0	103,4	+ 5,0
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	127,7	- 2,5	96,6	+ 5,6
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1 000	391	- 1,7	228	+ 3,6
Übernachtungen	1 000	2 239	- 5,5	1 113	+ 2,7
Arbeitsmarkt					
		Juli 1988		Januar bis Juli 1988	
Arbeitslose	Anzahl	103 862	- 1,0	112 126	- 2,8
Außenhandel					
		Juni 1988		Januar bis Juni 1988	
Ausfuhr	Mill. DM
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 097	- 1,9	8 806	- 4,1
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	49 243	+ 2,6	49 073	+ 3,1

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 11

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 11 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 9/88

	Seite
Aktuelle Auslese	179
Aufsätze	
Die Aufbereitung der Volkszählung 1987	180
Wohngeld 1987	184
Kurzberichte	
Kaufwerte für Bauland 1987	193
aus unserem Archiv	196
Grafik des Monats	187
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 4/1988
Schleswig-Holstein im Jahre 1987
- Heft 5/1988
Nach-Denken über Datenschutz
Bevölkerungsfortschreibung
Milchkuhassen
17 Jahre Bevölkerungsfortschreibung
Lehrernachwuchs
- Heft 6/1988
Einheitswerte 1983
Vermögensbesteuerung 1983
- Heft 7/1988
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1986
Entgelte der Beschäftigten 1984
Studenten
- Heft 8/1988
Landtagswahl 1988
Anlagevermögen

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Bevölkerungsfortschreibung bald auf neuer Basis	5/99
17 Jahre Bevölkerungsfortschreibung	5/110
Bildung und Kultur	
Lehrernachwuchs an den Seminaren	5/112
Studenten heute und vor 10 Jahren	7/145
Wahlen	
Landtagswahl 1988	8/156
Unternehmen und Arbeitsstätten	
Gewerbebezahlungen	2/24
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Milchkuhassen in Schleswig-Holstein	5/104
Produzierendes Gewerbe	
Bauhauptgewerbe	3/54
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1986	6/166
Handel und Gastgewerbe	
Handelsvermittlung	1/4
Öffentliche Finanzen	
Einheitswerte 1983	6/116
Vermögensbesteuerung 1983	6/126
Löhne und Gehälter	
Entgelte der Beschäftigten 1984	7/141
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Sozialversicherungen in der VGR	3/44
Anlagevermögen	8/167
Verschiedenes	
Systematiken	1/14
Schleswig-Holstein im Jahre 1987	4/63
Zum Nach-Denken über „Datenschutz“	5/96



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

40. Jahrgang

Heft 9

September 1988

Aktuelle Auslese



Verbesserte Auftragslage im verarbeitenden Gewerbe

Im ersten Halbjahr 1988 haben die Auftrags-eingänge in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes außerordentlich kräftig zugenommen. Der Wert der hereingenommenen Bestellungen war um 18 % höher als im Vorjahr. Der überraschende und in seiner Höhe von niemandem erwartete konjunkturelle Auftrieb vollzog sich vor dem Hintergrund sehr moderater Preissteigerungen. Einen ähnlich positiven Effekt hat es in Schleswig-Holstein seit 1980 nicht mehr gegeben.

Der kräftige Anstieg war in allen Wirtschaftshauptgruppen zu beobachten, am stärksten im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe (+ 25 %), gefolgt vom Verbrauchsgütersektor (+ 12 %). Der Grundstoff- und Produktionsgüterbereich meldete ein Plus von 8,4 %. Das Nahrungs- und Genussmittel verarbeitende Gewerbe ist zur Auftragseingangstatistik nicht meldepflichtig.

Die hohen Zuwachsraten wurden von mehreren großen Einzelbestellungen im Schiffbau überlagert. Diese trugen maßgeblich dazu bei, daß der Wert von Bestellungen ausländischer Kunden wesentlich stärker anstieg (+ 31 %) als der von Bestellungen aus dem Inland (+ 11 %). Läßt man den Schiffbau außer Ansatz, so reduziert sich das Plus der hereingenommenen Aufträge aus dem Ausland auf 15 %.

Die Auftriebstendenzen des ersten Halbjahres 1988 spiegeln sich auch in gestiegenen Erlösen wider. Die Betriebe erhöhten ihren Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahr um 4,2 % auf 18 Mrd. DM. Dagegen hat sich der Beschäftigtenabbau in abgeschwächter Form fortgesetzt (- 0,2 %). Im Durchschnitt der Monate Januar bis Juni waren rd. 163 000 Personen in den Betrieben beschäftigt.



Die Bauwirtschaft im ersten Halbjahr 1988

Im Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins waren im ersten Halbjahr 1988 durchschnittlich 37 100 Personen beschäftigt und damit 2,8 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Rückgang der Beschäftigtenzahl ist das Ergebnis zweier entgegengesetzter Entwicklungen. Da wegen des milden Winters Aufträge vorgezogen ausgeführt werden konnten, fiel diesmal der saisonbedingte Personalabbau schwächer aus als sonst. Im Durchschnitt der ersten drei Monate des Jahres lag die Zahl der Beschäftigten um 2,2 % über dem ersten Quartal 1987. Diese günstige Entwicklung setzte sich in den folgenden Monaten nicht fort. Die konjunkturelle Erwartung der Betriebe führte nur vereinzelt zu Neueinstellungen, so daß sich die Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt der Monate April bis Juni gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um 7,3 % reduzierte.

Positiven Einfluß auf die Bauwirtschaft verspricht die Auftragslage. Die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten meldeten für das erste Halbjahr 1988 Auftragseingänge von 1,3 Mrd. DM und damit 15 % mehr als im Vorjahr. Getragen wird diese Entwicklung durch das gestiegene Auftragseingangsvolumen im Wirtschafts- und Wohnungsbau. Im Wirtschaftsbau erhöhten sich die eingegangenen Aufträge um 41 % auf fast 420 Mill. DM, im Wohnungsbau um 31 % auf 280 Mill. DM. Mit Auftragseingängen im Werte von 651 Mill. DM bleibt die öffentliche Hand der bedeutendste Auftraggeber für das Bauhauptgewerbe, wenn auch das Volumen des Vorjahres um 2,2 % unterschritten wurde.

Auch die Statistik der Baugenehmigungen zeigt, daß von der Nachfrage im Hochbau beschäftigungswirksame Impulse erwartet werden können. Bis einschließlich Juni wurde 1988 der Bau von 3 539 Wohnungen neuer Wohngebäude genehmigt, das sind 9,6 % mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Die Baugenehmigungen im Nichtwohnbau im ersten Halbjahr 1988 haben — nach dem Rauminhalt gemessen — um 8,5 % zugenommen.

Die Aufbereitung der Volkszählung 1987

Seit mehr als einem Jahr ist die Volkszählung¹ für die meisten Bürger unseres Landes Vergangenheit. Sie füllten die Fragebogen aus und übergaben sie dem Zähler oder ihrer kommunalen Erhebungsstelle. Das eigentliche Zählgeschäft lag jedoch in den Händen von rund 25 000 Zählern und zahlreichen Mitarbeitern in den Erhebungsstellen. Sie sorgten dafür, daß in Schleswig-Holstein ca. 3,97 Millionen Fragebogen im Statistischen Landesamt zur weiteren Aufbereitung und Auswertung eingingen.

Im November dieses Jahres, also etwa eineinhalb Jahre nach dem Stichtag, sollen bundesweit erste Ergebnisse veröffentlicht werden. In der Auseinandersetzung um die Volkszählung war der Zeitpunkt der Veröffentlichung Anlaß zur Kritik. Der Vorwurf, die Daten seien dann bereits veraltet, trifft jedoch so nicht zu. Sie stehen zwar erst nach 18 Monaten zur Verfügung, bleiben aber noch für einige Zeit die im wesentlichen gültige Abbildung unserer derzeitigen Bevölkerungs-, Erwerbs- und Wohnsituation. Hinzu kommt, daß die Momentaufnahme vom Mai 1987 in den bedeutendsten Merkmalen auch fortgeschrieben werden kann, weil es z. B. über Zu- und Fortzüge, Geburten und Sterbefälle, über Wohnungsfertigstellungen und -abrisse auch laufend Daten gibt. Es gelten hier ähnliche Zusammenhänge wie im betrieblichen Geschehen zwischen Inventur und laufendem Rechnungswesen. Hinzu kommt, daß die Inventuraufnahme der Volkszählung die Auswahlgrundlage für Stichprobenerhebungen bildet, die die nicht einer solchen Fortschreibung unterliegenden Merkmale aktualisiert (Mikrozensus, Wohnungsstichprobe). Im folgenden soll dargelegt werden, warum denn überhaupt der Zeitraum zwischen Zählung und Veröffentlichung so lang sein muß und was während dieser Zeit mit den Daten gemacht wird.

Im Juli 1987 begannen die ersten Eingangskontrollen am Erhebungsmaterial im Statistischen Landesamt. Erst Anfang 1988 lieferten jedoch die letzten Erhebungsstellen aus den Städten des Landes ihre letzten Fragebogen. Die Eingangskontrollen konnten daher erst im Frühjahr beendet werden. Selbstverständlich wurde zwischenzeitlich an den bereits gelieferten Daten gearbeitet. Für die Feststellung der amtlichen Ein-

wohnerzahl des Landes ist jedoch der Eingang der letzten Erhebungsbogen entscheidend.

Was mit den Daten gemacht wird, bevor sie veröffentlicht werden, nennt der Statistiker Aufbereitung. Dazu gehört, daß man die Daten auf Datenträger (Magnetbänder) überträgt, um sie der maschinellen Verarbeitung zugänglich zu machen. Dazu gehört auch, daß man die Plausibilität dieser Daten prüft, und zwar durch den Menschen und/oder durch die Maschine. Jedem, der sich mit Statistik beschäftigt, ist bekannt, daß selbst bei methodisch sauberer Erhebung Ungenauigkeiten und Fehler möglich sind. Wenn Fragestellungen überhaupt nicht oder aber mißverstanden werden, wenn die kommunalen Erhebungsstellen die Zählungsunterlagen mangelhaft vorbereitet haben oder wenn die Zähler unzureichend geschult sind oder schlecht arbeiten, kann es zu Unstimmigkeiten, Auslassungen, Doppelzählungen oder Untererfassungen kommen.

Um Fehlerquellen möglichst vor oder noch während der Erhebung und Aufbereitung auszuschalten oder, wenn Fehler gemacht sind, sie angemessen zu korrigieren, ist eine Abfolge unterschiedlicher Prüfungen notwendig. Abhängig von Aufgabe und Methode wird dabei zwischen operativen und deskriptiven Kontrollen unterschieden. Operative Kontrollen erfolgen als Totalkontrollen, ihnen unterliegen alle Erhebungsbogen und Datensätze. Ihre Aufgabe liegt in der Fehlervermeidung, -ermittlung und -korrektur während der Erhebungs- und Aufbereitungsphase. Ziel ist also eine Verbesserung des Zählungsmaterials. Dabei sind entscheidende Prüfpunkte die vollzählige Erfassung aller Erhebungseinheiten und die vollständige und widerspruchsfreie Beantwortung. Operative Kontrollen beginnen bereits beim Zähler und enden mit den maschinellen Plausibilitätskontrollen und der Fehlerbereinigung in den auf Magnetband gespeicherten Datensätzen.

Die Zuverlässigkeit der Zählungsergebnisse ist dagegen mittels deskriptiver Kontrollen abzuschätzen. Diese können zwar das Ergebnis nicht mehr beeinflussen, erlauben jedoch anhand von Stichproben Aussagen zur Vollzähligkeit und zur Antwortqualität. Für die Volkszählung sind hier eine „Wiederholungsbefragung“ und ein Vergleich der Angaben zur Volkszählung mit denen zur Mikrozensus-erhebung 1987 zu nennen.

1) Der Begriff „Volkszählung“ vermittelt nur einen verkürzten Eindruck des umfassenden Zählungswerkes. Es ist eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung.

Die Verfahren zur Prüfung der Erhebungspapiere und Datensätze werden übrigens bundesweit angewandt, da alle statistischen Landesämter nach einem einheitlichen Aufbereitungskonzept vorgehen.

Zähler

Die Zähler hatten die Aufgabe, alle in ihren Zählbezirken wohnenden Personen, Haushalte, Wohnungen, Gebäude mit Wohnraum und Arbeitsstätten zu erfassen. Hierzu erhielten sie eine genaue Beschreibung ihres Bezirkes. Außerdem bekamen sie eine Namensliste aller in ihrem Zählbezirk gemeldeten Personen. Diese Liste, die nur die Hilfsmerkmale² enthalten durfte, war wesentliche Grundlage der Zählertätigkeit. Der Zähler sollte in ihr alle Unterschiede zu den tatsächlichen Wohnverhältnissen festhalten. Per Gesetz war dabei durch das „Abschottungsgebot“ eine Weitergabe der dabei gewonnenen Informationen, etwa an das Einwohnermeldeamt, streng untersagt.

Die Zähler hatten beim Ausfüllen der Bogen ihre Hilfe anzubieten, das heißt, mögliche Probleme der Auskunftspflichtigen beim Ausfüllen der Erhebungsbogen gleich zu lösen. Bei Rückgabe der Erhebungspapiere sollte der Zähler darüber hinaus die Vollständigkeit der Angaben überprüfen. Mindestens ein Drittel der Auskunftspflichtigen machte allerdings von der Möglichkeit Gebrauch, unter Umgehung des Zählers die Fragebogen per Post zur Erhebungsstelle zu senden.

Ein wichtiges, vom Zähler nach dem Einsammeln der Erhebungsbogen anzulegendes Papier war die Regionalliste. Über sie wurden die gezählten Personen und Haushalte den Wohnungen, Gebäuden und den höheren regionalen Gliederungen wie Wohnblockseite,

Wohnblock oder Stadtteil zugeordnet. Die beim Anlegen der Regionalliste einzuhaltenden Ordnungsprinzipien unterstützten das Ziel einer vollzähligen und regional richtig gegliederten Erhebung ebenso wie die Bearbeitung der Namensliste, die Anhaltspunkte über die tatsächlichen Verhältnisse im Zählbezirk gab.

Erhebungsstellen

Es war Aufgabe der Gemeinde, durch Öffentlichkeitsarbeit und organisatorische Vorarbeiten (Einteilung der Zählbezirke, Erstellen einer kleinräumlichen Gliederung des Gemeindegebietes, Zählerauswahl und -schulung etc.) einen ordnungsgemäßen Ablauf der Erhebung mit vorzubereiten. Hierbei konnten viele Gemeinden auch auf die Erkenntnisse der Gebäudevorerhebung zurückgreifen, die als vorgezogener Erhebungsteil bereits weit vor dem Erhebungsstichtag begonnen worden war. Der Grund dafür war, daß die Fragen zum Gebäude nur dessen Eigentümer gestellt werden können, daß aber in vielen Fällen diese erst ermittelt und angeschrieben werden müssen, weil sie häufig nicht im Gebäude wohnen. Bei der Zählung vor Ort hätte der Zähler in diesen Fällen die Angaben des Gebäudes also nicht ermitteln können.

Die Erhebungsstellen hatten die Zähler zu betreuen. Daneben hatten sie die wesentliche Aufgabe, den Rücklauf der Zählungsunterlagen zu kontrollieren. Es war zu prüfen, ob je Zählbezirk die Erhebungsunterlagen vollzählig vorlagen und ob die Eintragungen des Zählers in den Regionallisten richtig waren. Auch die Erhebungsstellen sollten in erster Kontrolle schon prüfen, ob die Auskunftspflichtigen die Fragen vollständig und plausibel beantwortet hatten, ggf. hatte die Erhebungsstelle auch rückzufragen.

Neben der Bearbeitung der Unterlagen, die die Erhebungsstellen von den Zählern erhielten, mußten die postalisch eingehenden Erhebungsbogen bearbeitet und zugeordnet werden. Schließlich mußten auch ersatzweise Erhebungsbogen für jene Personen angelegt werden, von denen Auskünfte innerhalb von sechs Wochen nach dem Zählungsstichtag nicht zu erhalten waren. Hierzu durften jedoch nur bestimmte Merkmale, die der Erhebungsstelle aufgrund des § 11 des Volkszählungsgesetzes bekannt waren, verwendet werden. Der Anteil dieser Bogen an allen Personenbogen des Landes lag zum Zeitpunkt der Ablieferung der Unterlagen an das Statistische Landesamt bei nur 0,8 %.

2) Hilfsmerkmale nach § 8 Volkszählungsgesetz sind:

1. bei der Volks- und Berufszählung: Vor- und Familienname der Haushaltsmitglieder, Straße und Hausnummer; Name der Arbeits- und Ausbildungsstätte; bei Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften Zahl der Personen, die dort ihre alleinige Wohnung haben;
2. bei der Gebäude- und Wohnungszählung: Straße und Hausnummer des Gebäudes; Vor- und Familienname oder Bezeichnung des Eigentümers oder Verwalters; Gemeinde, Straße, Hausnummer des Eigentümers oder Verwalters; bei der Wohnungszählung zusätzlich Vor- und Familienname des Wohnungsinhabers;
3. bei der Arbeitsstättenzählung: Name, Bezeichnung von Arbeitsstätten und Unternehmen; Straße und Hausnummer; Bearbeiter des Fragebogens;
4. bei den Nummern 1 bis 3 zusätzlich Telefonnummer.

Nach Abschluß der Prüfarbeiten legte die Erhebungsstelle die Gemeindevollzählung an. Diese dokumentierte die vollständige Zählung im Gemeindegebiet und diente anschließend weiteren Kontrollzwecken im Statistischen Landesamt.

Statistisches Landesamt

Die bisher geschilderten Prüfvorgänge wurden per Hand durchgeführt, weitgehend ohne Hilfe von Maschinen. Im Statistischen Landesamt wurde nicht mehr nur manuell, sondern auch maschinell geprüft. Für die manuellen Teile der Aufbereitung wurden verschiedene Arbeitsgruppen gesondert zusammengestellt.

Die manuelle Aufbereitung erfolgt anhand der Erhebungs- und Organisationspapiere und ist der maschinellen Bearbeitung weitgehend vorgelagert. Die maschinelle Prüfung verlangt, daß anschließend der Mensch korrigierend tätig wird und danach erneut die Maschine in Gang setzt, bis die erkennbaren Fehler bereinigt sind. Insbesondere prüfte das Landesamt dabei die Vollzähligkeit und Vollständigkeit der Erhebungsunterlagen.

Viele größere Gemeinden und Städte sind nicht nur an Gesamtergebnissen interessiert, sondern auch an Daten für Teilräume (z. B. Stadtteile) ihres Gebietes. Wenn sie sich zu tieferer Ergebnislagerung entschlossen hatten, mußten sie vor der Erhebung das Gemeindegebiet kleinräumlich gliedern und für diesen Zweck in den Regionallisten zusätzliche Kennzeichnungen vornehmen. Diese Eintragungen, die komplette Erfassung aller Zählbezirke und die richtige Zuordnung aller Regionallisten zu Gemeindeteilen bis hinunter zu Wohnblockseiten wurden von einer ersten Arbeitsgruppe im Statistischen Landesamt kontrolliert.

Im Rahmen der folgenden Vollzähligkeitskontrolle prüfte eine zweite Arbeitsgruppe, ob alle in die Regionalliste eingetragenen Arbeitsstättenbogen und Haushaltshefte mit ihren zugehörigen Einzelbogen auch tatsächlich vorlagen. Ergaben sich Unstimmigkeiten, die nicht im Landesamt zu bereinigen waren, wurde das in Zusammenarbeit mit den kommunalen Erhebungsstellen geklärt.

Im Anschluß an die Vollzähligkeitskontrolle kam das Erhebungsmaterial in mehrere Arbeitsgruppen zur Vollständigkeitskontrolle. Die Bogen der Arbeitsstättenzählung wurden an dieser Stelle dem Erhebungsma-

terial entnommen und einer gesonderten Aufbereitung zugeführt, auf die hier jedoch nicht näher eingegangen wird.

Die Erhebungsbogen wurden zunächst auf unzulässige Markierungen (Kreuze, Unterstreichungen etc.), Beschädigungen und Verschmutzungen gesichtet, die beim maschinellen Beleglesen zu einem Aussteuern des Beleges geführt hätten, denn die Daten in Form von Strichmarkierungen sollten nicht, wie sonst zumeist üblich, „geloht“, sondern, wie aus dem Scheckwesen und dem Zahlenlotto geläufig, von der Maschine direkt vom Erhebungsbogen „gelesen“ werden. Weitere Prüfungen im Personenbogen bezogen sich auf sogenannte Mindestangaben (Geburtsangaben, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Wohnungsstatus). Auch hier waren teilweise noch Rückfragen an die örtlichen Erhebungsstellen notwendig. Die Ergebnisse dieser Rückfragen werden bis zur Vernichtung der Erhebungsunterlagen dokumentiert, um im Falle späterer Unstimmigkeiten entsprechendes Belegmaterial heranziehen zu können.

Es gibt aber viele Sinnzusammenhänge in den Angaben des Fragebogens, die effektiver und besser durch spezielle maschinelle Programme geprüft werden können und die in der noch folgenden maschinellen Aufbereitung angewendet werden. Alle Arbeitsgänge der maschinellen Aufbereitung werden durch Fehlerprotokolle, Fehlerstatistiken sowie Eck- und Abstimmzahlen begleitet. Diese Auflistungen geben Aufschluß über Ausmaß, Art und Berichtigung der ermittelten Fehler. Sie sind somit auch Maßstab für eine Qualitätsbeurteilung des Erhebungsmaterials. Die EDV-Programme prüfen die Angaben in den Regionallisten, lesen die Belege, führen Datensätze aus Erhebungspapieren und Regionallisten zusammen, prüfen die Plausibilität und bereinigen gewisse Fehler.

Im Gegensatz zu den Erhebungsbogen sind die Regionallisten nicht als Lese-, sondern als konventionelle Datenerfassungsbelege konzipiert. Da jedoch selbst nach sorgfältigen manuellen Prüfungen, aber auch bei der Datenerfassung noch Fehler auftreten können, werden die Angaben in den Regionallisten noch einmal von der Maschine auf Gültigkeit und Vollständigkeit kontrolliert. Zudem wurde die Vollzähligkeit der Regionallisten innerhalb eines Arbeitspaketes geprüft. Ein Arbeitspaket ist eine Verarbeitungseinheit im Rahmen der maschinellen Aufbereitung und umfaßt ca. 40 000 Belege.

Nachdem die Mitarbeiter einige verbale Angaben im Wohnungsbogen und im Personenbogen in maschinenlesbare Ziffern verschlüsselt hatten, wurden die Bogen von der Maschine „gelesen“. Der Belegleser steuerte beim Einlesen alle Erhebungsbogen aus, bei denen die Angaben nicht zum Aufbau eines Datensatzes ausreichten. Hierzu zählten jene, die nicht vom Lesegerät identifiziert wurden, z. B. weil die Bogen dejustiert ins Lesegerät eingezogen worden waren, bei denen Angaben zu wichtigen Fragen fehlten oder mehrfach markiert waren. Konnten von Hand geschriebene Ziffern nicht gelesen werden, so wurde der Bogen ebenfalls ausgesteuert und einer manuellen Bearbeitung zugeführt. In diesem Arbeitsgang wurden nur etwa 1 % aller Bogen vom Belegleser abgewiesen.

Nun mag man einwenden, der hohe Bearbeitungsaufwand, der ja den Zeitversatz zwischen Erhebung und Veröffentlichung verursacht, sei angesichts einer so geringen Fehlerquote nicht gerechtfertigt. Wie hoch die Fehlerquote (hier nur der Lesefehler) gewesen wäre, wenn man die Bogen nicht vorher bearbeitet hätte, läßt sich nicht sagen, weil ein entsprechendes Experiment zu teuer gewesen wäre. Den Erfahrungen nach dürfte sie aber erheblich höher gelegen haben. Hinzu kommen auch Verbesserungen in solchen Bogen, die der Belegleser zwar hätte aufnehmen können, bei denen aber schon Unplausibilitäten per Sichtkontrolle erkannt wurden.

Nach dem Einlesen der Erhebungsbogen liegen die Datensätze aus Regionallisten sowie Wohnungs- und Personenbogen zunächst nur getrennt vor, und zwar ohne Namen und Anschrift. Damit aber die Daten dieser Personen, ihrer Haushalte und ihrer Wohnung der richtigen Gemeinde und dem richtigen Gemeindeteil zugeordnet werden können, ist nun eine Zusammenführung über die Heftnummern der Erhebungsbogen notwendig, die vom Zähler in die Regionallisten eingetragen wurden. Ist diese Zusammenführung nicht problemlos möglich, so wird von unpaarigen Fällen gesprochen. So kann es vorkommen, daß zu einem Regionallistendatensatz die Datensätze der Personen oder Wohnungen fehlen oder umgekehrt. Durch Bearbeitung der Fehlerprotokolle und zum Teil hohen Suchaufwand beim Rückgriff auf die Originalunterlagen werden die Problemfälle bereinigt. In diesem Arbeitsgang wird somit die korrekte und vollzählige Zuordnung der Datensätze zu einem Zählbezirk gewährleistet. Außerdem ist sichergestellt, daß für jede in die Regionalliste eingetragene Heftnummer auch tatsächlich Erhebungsbogen vorliegen.

Die bisher geschilderten Prüfungen gelten vorrangig der vollzähligen Erfassung der Erhebungseinheiten und der formal richtigen Bearbeitung der Erhebungspapiere. Die folgenden maschinellen Plausibilitätskontrollen beziehen sich auf Ergänzungen oder Korrekturen innerhalb einzelner Datensätze. Je nach Fehlerart werden unterschiedliche Korrekturverfahren angewendet. So werden beispielsweise fehlende Angaben aus dem Sinnzusammenhang des ausgefüllten Erhebungsbogens ergänzt. Wo das nicht möglich ist, werden Rückfragen gehalten oder auch andere, in der statistischen Praxis bewährte Verfahren, z. B. Ergänzung nach vorgegebenen Strukturen oder nach Zufalls Gesichtspunkten, angewendet.

Von besonderem Interesse sind für viele Gemeinden die Daten der Berufs- und Ausbildungspendler. Da sie wichtige Hinweise zur Planung der Verkehrsinfrastruktur geben und auch Grundlage zur Abgrenzung von Planungs- und Arbeitsmarktreionen sind, unterliegen verkürzte Datensätze der Pendler weiteren speziellen Plausibilitätskontrollen. Auch die Angaben zu Wohnungen und Gebäuden werden in ihrem Zusammenhang geprüft, kontrolliert und ggf. bereinigt.

Zur Schilderung der operativen Kontrollen sei abschließend bemerkt, daß das, was an den Daten im Zuge der Prüfvorgänge ergänzt oder korrigiert worden ist, natürlich nicht in jedem Einzelfall auch den realen Sachverhalt des Merkmalsträgers trifft. Darauf kommt es der Statistik aber auch nicht an. Entscheidend ist, daß in der Zusammenfassung von Daten — und nur das ist die Statistik — der dann noch enthaltene Fehler so gering ist, daß die Aussage des statistischen Ergebnisses nicht verfälscht wird. Die Frage, ob denn das auch für die Volkszählung gilt, läßt sich schon aus den Ergebnissen der operativen Kontrollen heraus mit „ja“ beantworten. Die eingangs erwähnten deskriptiven Kontrollen erlauben weitere Abschätzungen zur Qualität vorliegender Ergebnisse aufgrund von Stichproben. Mit ihrer Hilfe sind Größenordnung und Richtung möglicher Fehler zu erkennen.

Die Höhe eventueller Über- und Untererfassungen und deren Auswirkungen auf ausgewählte Merkmalsverteilungen wird mit einer Wiederholungsbefragung ermittelt. Bundesweit sind in dieser Stichprobe etwa 0,1 % der Bevölkerung enthalten. In repräsentativ ausgewählten Gemeinden befragte in Schleswig-Holstein im November/ Dezember 1987 ein ausgewählter Interviewerkreis über 1 500 Haushalte. Das auf sechs Fragen reduzierte Frageprogramm war nur von dem Personen-

kreis zu beantworten, der sowohl zum Zeitpunkt der Haupterhebung als auch zur Wiederholungsbefragung in der entsprechenden Wohnung wohnte. Zwischenzeitlich eingetretene Fluktuationen wurden durch eine Eingangsfrage auf dem Haushaltsmantelbogen berücksichtigt. Durch eine Gegenüberstellung der Zählungsergebnisse der Haupt- und Wiederholungsbefragung sind Aussagen zur Über-/Untererfassung der Haupterhebung möglich sowie Abweichungen bei den Angaben zu den sechs Fragen der Wiederholungsbefragung festzustellen.

Ein ähnliches Ziel steht hinter einem Vergleich der Volkszählungsantworten mit den Angaben zur Mikrozensusserhebung 1987 in den entsprechenden Auswahlbezirken. Hier soll ebenfalls das Antwortverhalten zu gleichen Fragestellungen untersucht werden. Das ist insbesondere deshalb gut möglich, da die Stichtage beider Erhebungen nur ca. zwei Monate auseinander lagen und das Frageprogramm zu vielen Fragen ähnlich war.

Auch bei den deskriptiven Kontrollen interessiert den Statistiker nur die Gesamtheit. Wenn sich die Antworten zur Volkszählung von denen der Wiederholungsbefragung unterschieden, hatte das für den einzelnen Bürger natürlich keine Konsequenzen. Auch die Ursache des Unterschiedes wurde nicht erfragt.

Weitere Prüfungen, jedoch von wesentlich geringerem Umfang, wurden vom Statistischen Landesamt aus verschiedenem Anlaß vorgenommen. So wurden beispielsweise zu Beginn der Aufbereitung zwei Stichproben der ersten eingegangenen Fragebogen gezogen, um Hinweise zu erhalten, wie vollständig die Angaben waren. Beide Stichproben ergaben, daß Antwortausfälle nur in dem Maße auftraten, wie es auch bei anderen Großzählungen üblich ist.

Am Schluß der Prüfarbeiten, aber noch vor Veröffentlichung der Volkszählungsergebnisse, schickte das Statistische Landesamt den Gemeinden das Resultat einer ersten vorläufigen Auszählung ihrer Einwohner. Damit sollte den Gemeinden Gelegenheit gegeben werden, vor Festlegung ihrer endgültigen Einwohnerzahl noch einmal die Vollzähligkeit in ihrem Erhebungsbereich kritisch zu prüfen.

Blickt man nochmals auf die Volkszählungskontroverse zurück, so ist die Behauptung, daß die Datenqualität der Volkszählung schlecht sein würde, nicht haltbar. Auch ein „weicher Boykott“, also das falsche oder widersinnige Beantworten der Fragebogen, ist nahezu wirkungslos. Die Folge wird eine Datenqualität sein, die allen Interessierten in den nächsten Jahren eine zuverlässige Handlungsgrundlage bieten wird.

Jürgen Kaehler

Wohngeld 1987

Folgen der 6. Wohngeldnovelle

Um einer möglichst breiten Bevölkerungsschicht angemessenes und familiengerechtes Wohnen auf Dauer zu sichern, gewährt der Staat einkommensschwachen Haushalten Wohngeld. Diese Form der Sozialleistung wird als Zuschuß gezahlt, und zwar als Mietzuschuß für den Mieter einer Wohnung oder eines Zimmers sowie als Lastenzuschuß für den Eigentümer eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung. Der Kreis der Wohngeldberechtigten und die Höhe des Zuschusses sind im Wohngeldgesetz geregelt. Mit einer Vielzahl gesetzlicher Einzelbestimmungen versucht der Gesetz-

geber, bei der Bemessung des Wohngeldes die individuellen Verhältnisse des Antragsstellers zu berücksichtigen. Die in § 35 Wohngeldgesetz angeordnete Statistik kennzeichnet ausführlich die Struktur des Empfängerkreises sowie die Entlastungswirkung des Wohngeldes und eignet sich daher hervorragend als Instrument zur Kontrolle einer erfolgreichen Wohngeldpolitik.

In Schleswig-Holstein erhielten Ende 1987 116 824 Haushalte Wohngeld, das sind etwa so viele Wohngeldempfänger wie vor einem Jahr. Die Statistik weist die Zahl der Haushalte aus, die zum 31. 12. eines Jahres

Wohngeld erhalten einschließlich der Haushalte, die noch im Berichtsjahr Wohngeld beantragt hatten, die Bewilligung hierfür aber erst im 1. Quartal des Folgejahres erhielten. Um die Ansprüche auf Wohngeld zu erfüllen, mußten für das Jahr 1987 gut 243 Mill. DM aufgewendet werden, wodurch die Wohngeldzahlungen, die je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert werden, gegenüber dem Vorjahr um knapp 5 % gestiegen sind. Seit Inkrafttreten des Wohngeldgesetzes im Jahre 1965 wurden in Schleswig-Holstein noch nie so viele Haushalte mit einem solch umfangreichen Finanzvolumen unterstützt.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung war die 6. Novelle des Wohngeldgesetzes zum 1. 1. 1986. Um die Stützwirkung des Wohngeldes zu erhalten — als einkommensabhängige Größe sinkt das Wohngeld bei Lohn- und Gehaltssteigerung oder reicht nicht mehr aus, wenn die Mieten über die zuschußfähigen Höchstbeträge steigen —, müssen die Bestimmungen des Wohngeldgesetzes von Zeit zu Zeit den Miet- und Einkommensentwicklungen, aber auch der veränderten Sozialstruktur des Empfängerkreises angepaßt werden. Mit der 6. Novelle änderte der Gesetzgeber unter anderem die Wohngeldtabellen und die zuschußfähigen Höchstbeträge für die Wohnkosten dergestalt, daß mehr Haushalte ein höheres Wohngeld erhielten. Gegenüber 1985 waren dadurch 1986 die Wohngeldausgaben um 53 % auf 232 Mill. DM und die Zahl der Wohngeldempfänger zum Ende des Jahres 1986 um 23 % auf 116 436 Haushalte gestiegen. Die positive Auswirkung der 6. Novelle zeigt sich auch darin, daß der Anteil Haushalte, die im Monat weniger als 100 DM Wohngeld erhalten, von 46 % im Jahr 1985 gegenüber 1986 um 15 Punkte zurückgegangen war und 1987 leicht auf 32 % wieder anstieg, während gleichzeitig der Anteil Haushalte, die monatlich mehr als 200 DM Wohngeld beziehen, von 14 % auf 27 % in den beiden letzten Jahren anstieg. Relativ konstant blieb die Gruppe Haushalte mit einem Wohngeldanspruch zwischen 100 und 200 DM pro Monat. Dieser Anteil belief sich 1985 und 1987 auf etwa 40 %, 1986 war er zwischenzeitlich auf 42 % gestiegen.

Rechtliche Stellung

Die weitaus meisten Wohngeldempfänger lebten wie in den vorangegangenen Jahren auch 1987 in gemietetem Wohnraum. Am Ende des Berichtsjahres zählten 87 % der 116 824 Wohngeldberechtigten zu Mieterhaushalten, die anderen wohnten im Eigenheim

oder in Eigentumswohnungen. Für alle Haushalte Schleswig-Holsteins errechnete sich im Rahmen des Mikrozensus 1985 ein Anteil Mieterhaushalte von knapp 55 %. Entsprechend der Relation für den Empfängerkreis von Wohngeld verteilte sich das Finanzvolumen in Höhe von 243 Mill. DM: 86 % der Wohngeldausgaben wurden als Mietenzuschuß, 14 % als Lastenzuschuß gezahlt. Gründe für die deutlich häufigere Subventionierung der Mietkosten sind einmal in der Tatsache zu sehen, daß Eigentümer von Häusern oder Wohnungen im Durchschnitt mehr verdienen als Mieter. Zum anderen haben ältere Eigentümer die Schuldenlast schon weitgehend getilgt, so daß wegen der zu geringen Belastung der Anspruch auf Wohngeld entfällt. Vielleicht aber denken auch einige Hausbesitzer, daß Wohngeld ausschließlich eine Finanzhilfe für Mieter wäre und nutzen wegen der Unkenntnis nicht den Rechtsanspruch auf Lastenzuschuß.

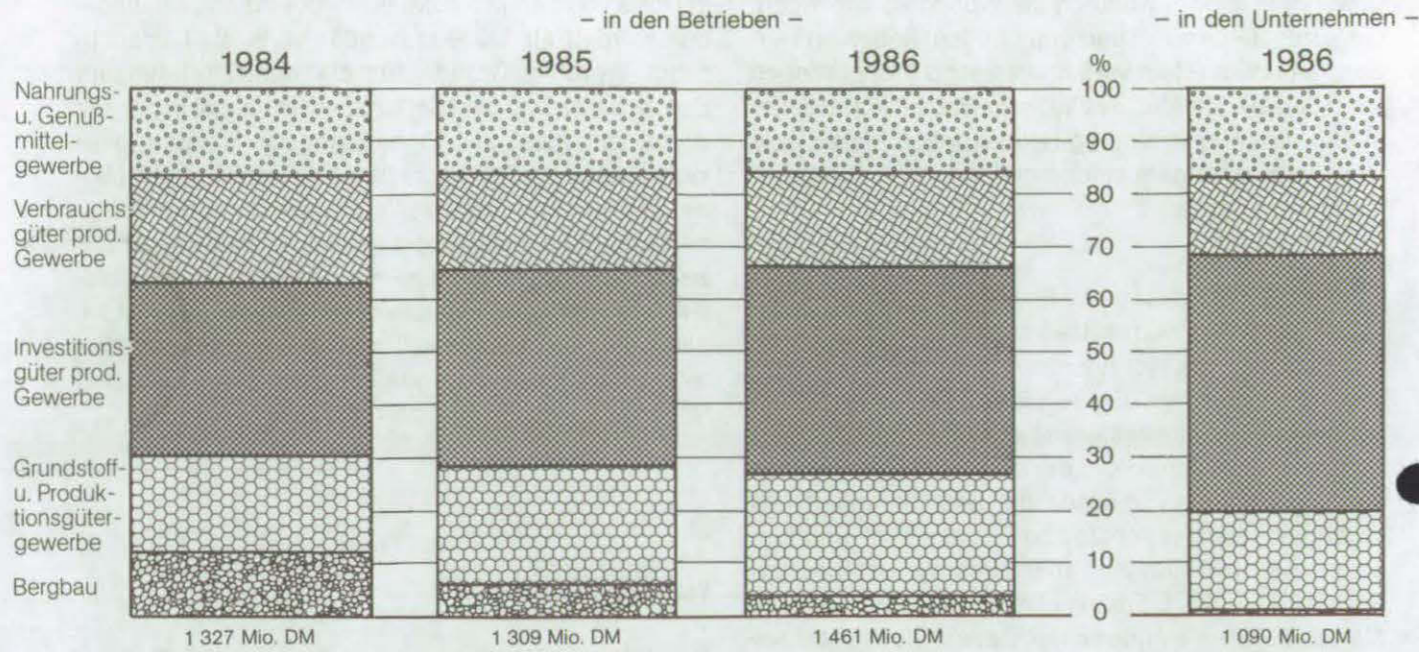
Wohngeldanspruch

Die Höhe des Wohngeldes hängt ab von der Zahl der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder, vom Familieneinkommen und von der zuschußfähigen Miete oder Belastung, also den Wohnkosten. Auf der Basis der Wohngeldleistungen im Dezember 1987 errechnet sich ein durchschnittlicher Wohngeldbetrag von 158 DM pro Haushalt, das ist 1 DM weniger als im Jahr davor. Für Mietzuschußempfänger belief sich der durchschnittliche Wohngeldbetrag auf 156 DM, für Lastenzuschußempfänger auf 170 DM. Ein Blick auf die Tabelle zeigt, wie stark die finanzielle Entlastung der Wohngeldempfänger um den hier genannten Mittelwert streut. So betrug der durchschnittliche Wohngeldanspruch im Dezember 1987 für einen Haushalt mit zwei Familienmitgliedern und einem monatlichen Familieneinkommen von über 1 500 DM nur 48 DM, ebenso für den Dreipersonenhaushalt mit über 2 000 DM. Haushalte mit sechs und mehr Familienmitgliedern und einem Monatseinkommen von unter 1 000 DM erhielten im Dezember 1987 ein mittleres Wohngeld in Höhe von 484 DM. Zwischen diesen beiden Werten liegen für die in der Tabelle dargestellten Haushalts- und Einkommensgrößen die mittleren Wohngeldleistungen. Es ist deutlich zu erkennen, daß das Wohngeld bei niedrigen Einkommen am höchsten ist und vor allem mit zunehmender Haushaltsgröße steigt. Im Dezember 1987 erhielten die Haushalte mit 10 und mehr Familienmitgliedern im Durchschnitt 623 DM Wohngeld. Das kann als Beispiel dafür gewertet werden, daß die Bestimmungen des Wohngeldgesetzes neben anderen

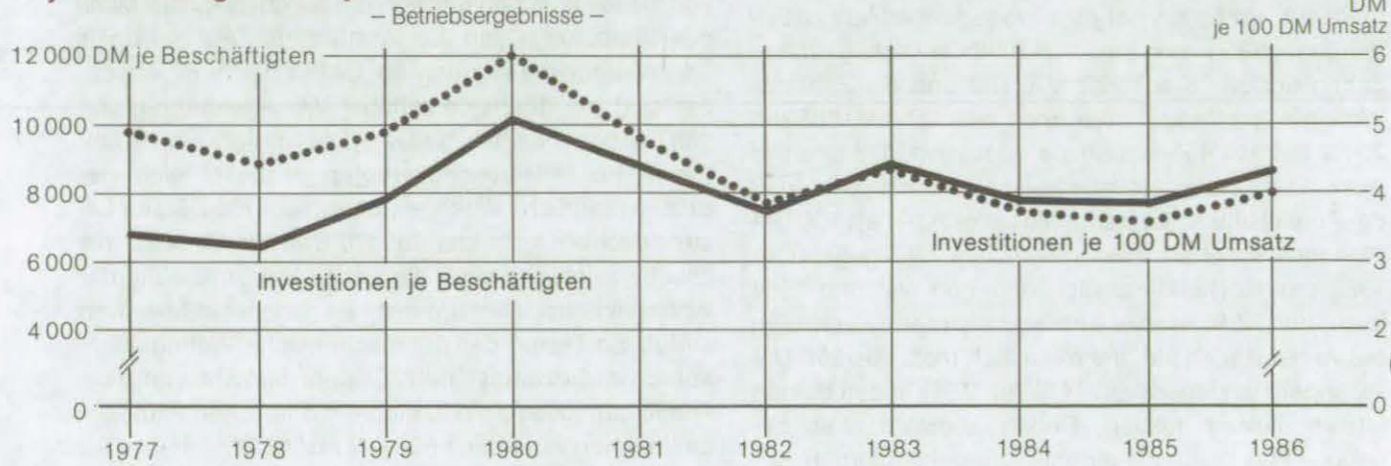
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe

einschl. Bergbau; Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

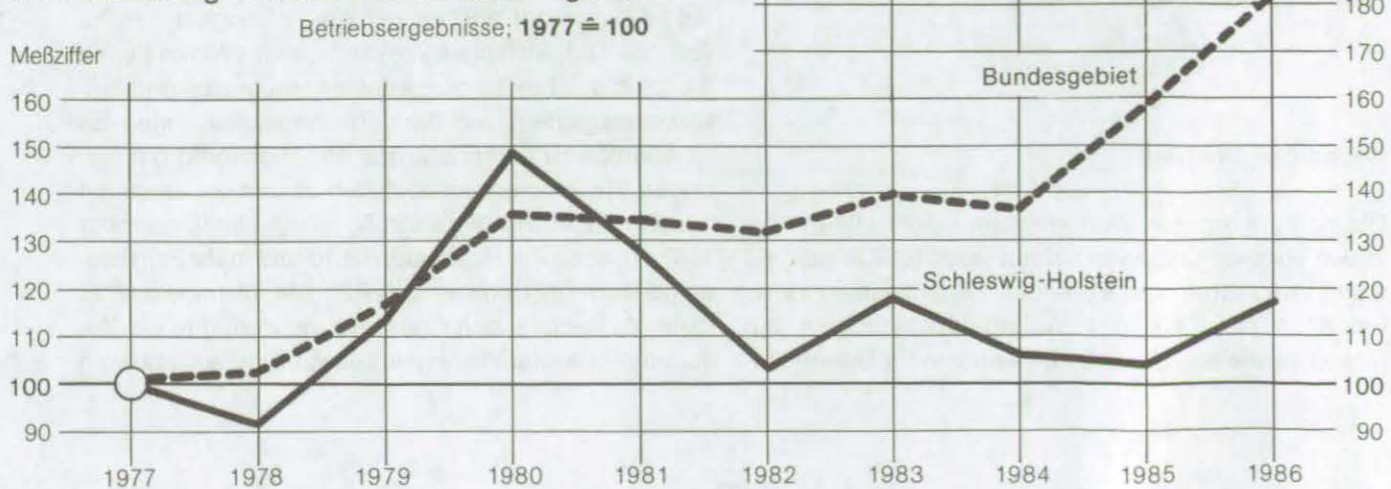
... nach Wirtschaftshauptgruppen



... je Beschäftigten und je 100 DM Umsatz



... in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

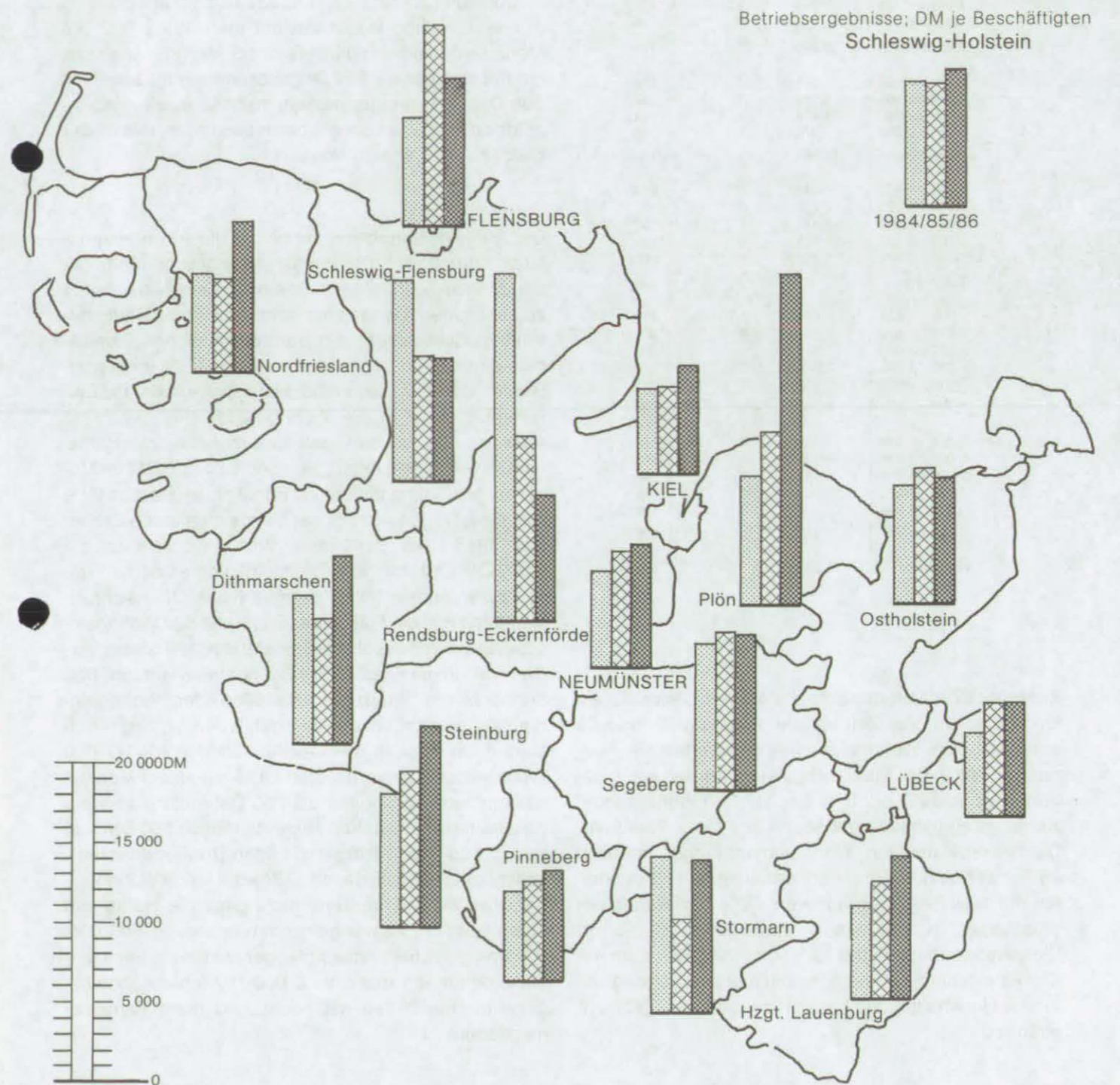


In den Betriebsergebnissen sind die Investitionen aller schleswig-holsteinischen Betriebe enthalten, auch wenn das übergeordnete Unternehmen seinen Sitz außerhalb von Schleswig-Holstein hat oder nicht zum verarbeitenden Gewerbe gehört.

Die Unternehmensergebnisse enthalten, was alle Unternehmen mit Schwerpunkt im verarbeitenden Gewerbe mit Sitz in Schleswig-Holstein investiert haben, und zwar auch außer Landes. Umgekehrt fehlen in den Unternehmensergebnissen diejenigen Investitionen, die zwar in den

schleswig-holsteinischen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes getätigt wurden, bei denen aber der Investor seinen Unternehmenssitz in einem anderen Bundesland hat oder selbst nicht zum verarbeitenden Gewerbe gehört.

... in den Kreisen 1984, 1985, 1986



Empfänger von Wohngeld und ihr durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch nach Haushaltsgröße und monatlichem Familieneinkommen im Dezember 1987

Haushalte mit ... Familienmitgliedern	Monatliches Familieneinkommen von mehr als ... bis ... DM	Wohngeldempfänger		Durchschnittlicher Wohngeldanspruch
		Anzahl	%	in DM
1	bis 250	1 101	1	216
	250 - 500	13 196	11	168
	500 - 750	18 833	16	132
	750 - 000	18 771	16	89
	über 1 000	4 606	4	57
	Zusammen	56 507	48	122
2	bis 250	710	1	283
	500 - 1 000	9 945	9	209
	1 000 - 1 500	7 696	7	112
	über - 1 500	939	1	48
	Zusammen	19 290	17	165
3	bis - 1 000	4 751	4	284
	1 000 - 1 500	4 155	4	192
	1 500 - 2 000	3 672	3	94
	über 2 000	376	0	48
	Zusammen	12 954	11	194
4	bis 1 000	1 841	2	363
	1 000 - 1 500	2 730	2	283
	1 500 - 2 000	4 441	4	187
	2 000 - 2 500	6 878	6	123
	über 2 500	1 485	1	67
	Zusammen	17 375	15	185
5	bis 1 000	660	1	412
	1 000 - 1 500	1 084	1	331
	1 500 - 2 000	1 466	1	250
	2 000 - 2 500	2 431	2	186
	über 2 500	1 618	1	110
	Zusammen	7 259	6	224
6 und mehr	bis 1 000	336	0	484
	1 000 - 2 000	1 191	1	386
	2 000 - 3 000	1 547	1	243
	3 000 - 4 000	357	0	140
	über 4 000	8	0	195
	Zusammen	3 439	3	305
	Insgesamt	116 824	100	158

Zielen das Zusammenwohnen mehrerer Generationen fördern sollen. Zur Zeit ist allerdings die Großfamilie auch bei den Wohngeldempfängern eher die Ausnahme. Wie in der Tabelle abgelesen werden kann, gehörten Ende 1987 nur 3 % der 117 000 Wohngeldbezieher zu Haushalten mit sechs und mehr Personen. Die weitaus meisten Wohngeldempfänger, nämlich 48 %, wohnten im Einpersonenhaushalt. In Haushalten mit zwei Personen wohnten 17 % der Wohngeldempfänger, in Dreipersonenhaushalten 11 %, in Vierpersonenhaushalten 15 % und in Haushalten mit fünf Familienmitgliedern 6 %. Die hier skizzierte Struktur der Haushaltsgröße hat sich gegenüber 1986 nicht geändert.

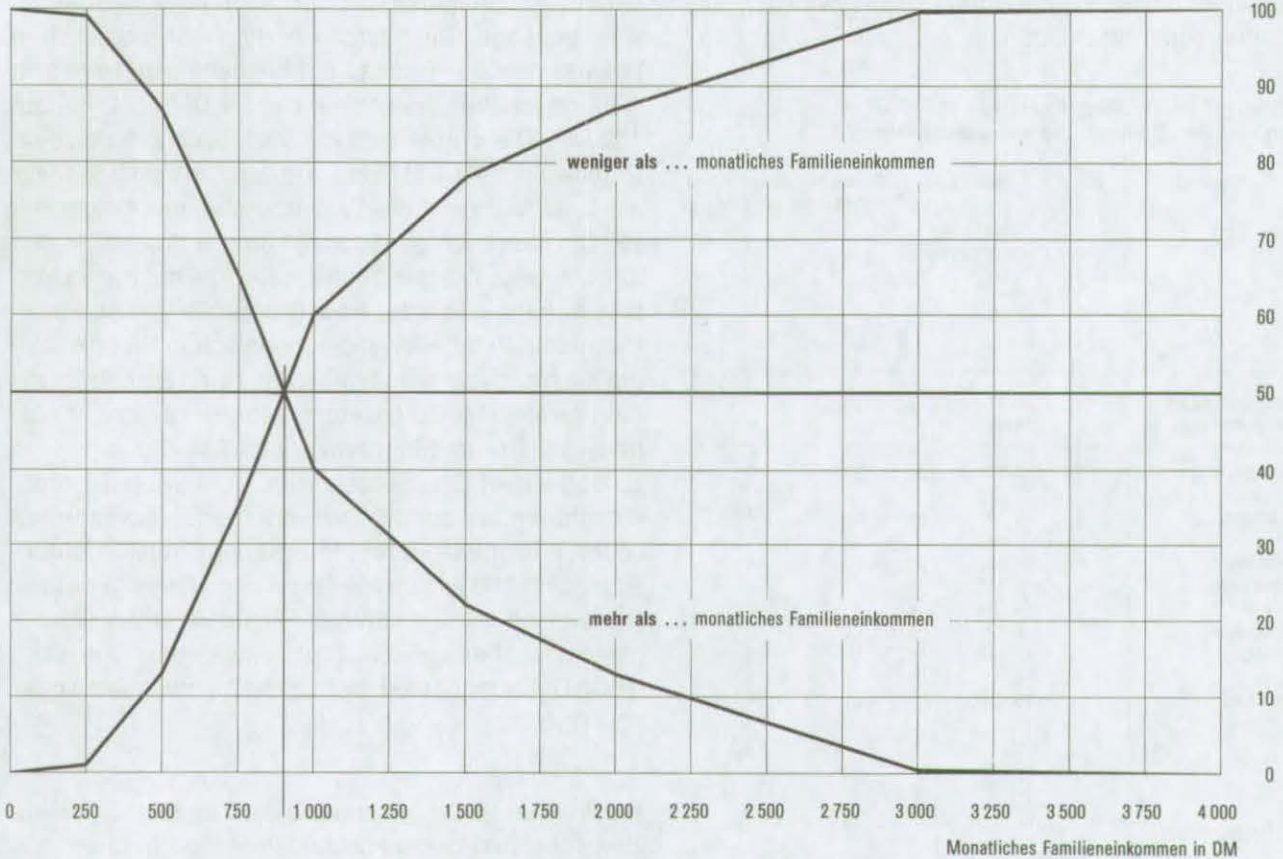
Familieneinkommen

Zum Familieneinkommen, das zur Prüfung des Wohngeldanspruchs herangezogen wird, zählen alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder abzüglich bestimmter im Wohngeldgesetz geregelter Beträge wie z. B. Pauschalbezüge für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, Werbungskosten und die Einnahmen zur Verringerung der Wohnkosten. In der Grafik, die die kumulierte prozentuale Häufigkeitsverteilung der Wohngeldempfänger nach der Höhe des monatlichen Familieneinkommens darstellt, und zwar als Aufwärtskumulation („weniger als“) und als Abwärtskumulation („mehr als“), wird deutlich sichtbar, daß es nur sehr wenige Haushalte mit mehr als 3 000 DM Monateinkommen gibt, fast so wenige wie die, die mit weniger als 250 DM auskommen müssen. Mit 500 DM und weniger mußten 1987 13 % aller Wohngeldbezieher ihre Lebenskosten bestreiten, das ist der gleiche Anteil wie im Vorjahr.

Die Aufwärtskumulation schneidet die Abwärtskumulation immer bei 50 % und ist die grafische Methode, den Median (Zentralwert) als eine Art des Mittelwertes zu bestimmen. Danach hat jeweils exakt die Hälfte der Wohngeldempfänger ein durchschnittliches Familieneinkommen von über bzw. unter 900 DM im Monat. Besser als durch diesen Durchschnittswert wird die Einkommenssituation der Wohngeldbezieher durch die Aussage beschrieben, daß weit mehr als die Hälfte, nämlich 60 % von ihnen, weniger als 1 000 DM im Monat zur Verfügung hatten und damit anteilig fast so viele wie 1986. Dagegen zeigt der Vergleich mit den Zahlen von 1985, daß der Anteil Wohngeldbezieher mit 1 000 DM und weniger Monateinkommen damals um 11 Prozentpunkte höher gelegen hatte. Offensichtlich sind auch das die Folgen der 6. Novelle des Wohngeldgesetzes, durch die ab 1986 verstärkt relativ besser Verdienende in die Förderung aufgenommen wurden. Daß dennoch die finanzielle Situation der Wohngeldempfänger recht bescheiden geblieben ist, zeigt noch einmal ein Blick in die Tabelle. Von den rd. 117 000 Wohngeldempfängern lebten 28 % mit einem Monateinkommen von weniger als 750 DM in Einpersonenhaushalten, 12 % hatten sogar monatlich 500 DM und weniger zu ihrer Verfügung. In den Drei- und Vierpersonenhaushalten, in denen 1987 jeder vierte Wohngeldbezieher wohnte, verfügte nicht ganz die Hälfte von ihnen über ein Familieneinkommen unter 1 500 DM. Die wenigen Leistungsempfänger mit einem Familieneinkommen von mehr als 3 000 DM lebten überwiegend in Haushalten mit sechs und mehr Familienmitgliedern.

Wohngeldempfänger am 31.12.1987

Kumulierte prozentuale Häufigkeitsverteilung nach dem monatlichen Familieneinkommen

Wohngeldempfänger
in %

Das wohngeldrechtliche Familieneinkommen kann als Maßstab für die finanziellen Verhältnisse der Wohngeldempfänger nur eine Hilfsgröße sein, da z. B. Angaben zum verfügbaren Einkommen im Wohngeld-Bewilligungsverfahren nicht erfaßt werden. Als eine zweite Einkommensgröße für die Beschreibung der Einkommenssituation kann aber auch die Bruttoeinnahme der Wohngeldbezieher herangezogen werden. Darunter sind alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder zu zählen, jedoch nicht die Werbungskosten und die Einnahmen zur Verringerung der Wohnkosten. Das Familieneinkommen ist damit grundsätzlich geringer als die Bruttoeinnahmen. 1987 lag es im Durchschnitt um 37 % unter den Bruttoeinnahmen, die im übrigen dem bis einschließlich 1985 benutzten Begriff des bereinigten Familieneinkommens entsprechen. Die relative Häufigkeitsverteilung der Wohngeldempfänger ändert sich durch den anders gewählten Einkommensbegriff nicht.

Soziale Stellung

Die Wohngeldstatistik gliedert die Antragsteller nach ihrer sozialen Stellung in Erwerbstätige, Nichterwerbstä-

tige und Arbeitslose. Die Tabelle 2 zeigt, daß fast 60 % der Wohngeldbezieher 1987 nicht erwerbstätig waren. Es handelt sich hierbei zum größten Teil um Ruheständler und sonstige Nichterwerbstätige, worunter die Bezieher von Sozialhilfe oder von Kriegsopferfürsorge zählen sowie alle Personen, die von Privaten Unterhalt beziehen. Gut jeder vierte Leistungsempfänger ging einer beruflichen Tätigkeit nach, vor allem als Arbeiter und weniger als Selbständiger. 16 % der Empfänger von Wohngeld hatten keine Arbeit, wobei nur die arbeitslosen Antragsteller, nicht aber arbeitslose Familienmitglieder gezählt sind. Gegenüber dem Vorjahr blieb die Sozialstruktur unverändert.

Die meisten der nichterwerbstätigen Wohngeldbezieher lebten in Ein-Personen-Haushalten, die die typische Haushaltsgröße vor allem der wohngeldbeziehenden Rentner ist, aber auch für Arbeitslose, von denen 1987 fast die Hälfte alleine wohnten. Dagegen zählten die Erwerbstätigen überwiegend zu Haushalten mit drei oder vier Familienmitgliedern, was in erster Linie für die Arbeiter gilt, der deutlich stärksten Gruppe unter den erwerbstätigen Wohngeldempfängern. Unabhängig von der sozialen Stellung hatten im Berichtsjahr

1987 27 % der rd. 117 000 Leistungsbezieher neben dem Wohngeld gleichzeitig Sozialhilfe erhalten, das ist etwas mehr als 1986 (26 %). Auch diese Wohngeldempfänger lebten wie die Arbeitslosen etwa zur Hälfte in Einpersonenhaushalten.

Empfänger von Wohngeld am 31. 12. 1987 nach sozialer Stellung und Haushaltsgröße

Soziale Stellung	Empfänger von Wohngeld insgesamt	Davon Haushalte mit ... Familienmitgliedern				
		1	2	3 und 4	5 und mehr	
	Anzahl	%				
Nichterwerbstätige	68 382	59	38	11	8	2
Renter/Pensionäre	39 181	34	26	6	1	0
Studenten	1 853	2	1	0	0	0
sonstige	27 348	23	10	6	6	1
Arbeitslose	18 421	16	8	3	4	1
Erwerbstätige	30 021	26	3	3	14	6
Selbständige	1 467	1	0	0	1	0
Beamte	4 684	4	0	0	3	1
Angestellte	7 751	7	1	1	3	1
Arbeiter	16 119	14	1	1	7	4
Insgesamt	116 824	100	48	17	26	9

Wohnkosten

Im Dezember 1987 mußten die Wohngeldbezieher für ihre Wohnungen im Durchschnitt je qm Wohnfläche 7,31 DM aufwenden, 12 Pfennig mehr als ein Jahr davor. Für die Mietzuschußempfänger errechnet sich ein Quadratmeterpreis von 7,19 DM, während Lastenzuschußempfänger eine durchschnittliche Belastung je qm von 7,75 DM zu tragen hatten. Deutlich höher, nämlich um 1,50 DM, lag die Belastung je qm für die gut 40 % Lastenzuschußempfänger, deren Eigenheim oder Eigentumswohnung nach 1978 bezugsfertig geworden ist. Die rd. 35 % Empfänger von Lastenzuschuß, deren Wohnungen bis 1965 schlüsselfertig wurden, zahlten dagegen nur 5,97 DM je qm Wohnfläche. Etwa 27 % der Mietzuschußempfänger lebten im Altbau — das sind Wohnungen der Baujahre bis einschließlich 1948 — und hatten dafür eine durchschnittliche Miete je qm in Höhe von 6,42 DM zu zahlen, die sich für die Mieter in Wohnungen der Baujahre 1978 und später auf 7,94 DM beläuft. Neben dem Fertigstellungsjahr der Wohnräume hängt die Höhe der Wohnkosten auch von der Ausstattung der Wohnungen ab. Unabhängig vom Baujahr errechnen sich für Wohnungen mit Sammelheizung und Bad durchschnittliche Wohnkosten je qm von 7,47 DM, die für Wohneinheiten mit Sammelheizung oder Bad bei 5,91 DM lagen.

Die finanzielle Belastung des Wohnens wird durch die monatlichen Kosten für die Wohnung insgesamt beschrieben und weniger durch den Quadratmeterpreis, der erst in Verbindung mit der Wohngröße darüber etwas aussagt. Die durchschnittlichen monatlichen Wohnkosten der Empfängerhaushalte erhöhten sich 1987 gegenüber dem Vorjahr um 9 DM (+ 2 %) auf 462 DM. Die Empfänger von Mietzuschuß zahlten im Durchschnitt 411 DM Miete und damit knapp 3 % mehr als 1986, während die Lastenzuschußempfänger mit 797 DM monatlich genau soviel für das Wohnen in den „eigenen vier Wänden“ aufwenden mußten wie im Vorjahr. Abhängig von der Haushaltsgröße und den Bruttoeinnahmen differieren die monatlichen Wohnkosten um die hier genannten Mittelwerte stark. So beträgt die Monatsmiete im Durchschnitt aller Einpersonenhaushalte 319 DM und immerhin noch 251 DM, wenn sie zu derjenigen Gruppe gehörten, die nur über Bruttoeinnahmen bis zu 500 DM verfügten. Haushalte mit sechs und mehr Familienmitgliedern mußten durchschnittlich 656 DM im Monat an den Hauseigentümer überweisen. In den wenigen Fällen, in denen sich für diese Haushaltsgrößen Bruttoeinnahmen von über 5 000 DM errechneten, betrug die Monatsmiete sogar 752 DM.

Noch weiter ist die Spannweite der monatlichen Wohnkosten bei den Lastenzuschußempfängern. Einzelpersonenhaushalte waren für den Kapitaldienst mit durchschnittlich 302 DM im Monat belastet, lagen die monatlichen Bruttoeinnahmen unter 500 DM, betrug die Belastung im Schnitt 210 DM. Die Wohnkosten für Lastenzuschußempfänger in Haushalten mit sechs und mehr Familienmitgliedern beliefen sich auf 1 065 DM, in solchen Haushalten mit über 5 000 DM Bruttoeinnahmen auf 1 203 DM. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß Lastenzuschußempfänger in Ein-Personen-Haushalten im Durchschnitt niedrigere Wohnkosten pro Monat zu tragen hatten als Mietzuschußempfänger, in den anderen Haushaltsgrößen verhält es sich erwartungsgemäß umgekehrt. In den Einpersonenhaushalten der Wohnungseigentümer ist der Anteil der Rentner deutlich höher als in den gleichgroßen Haushalten der Mieter, und daher kann angenommen werden, daß viele Ruheständler in nur noch gering belasteten Eigenheimen leben.

Entlastungswirkung des Wohngeldes

Nachdem die Wohngeldempfänger nach der Höhe ihrer Einkommen, nach ihren Mietkosten, nach der Haushaltsgröße und nach der sozialen Stellung dargestellt

worden sind, gilt es die letztlich entscheidende Frage nach der Entlastungswirkung des Wohngeldes zu beantworten. Wie groß ist die Wohnkostenbelastung für die rd. 117 000 Wohngeldempfänger nach Verteilung der 243 Mill. DM? Im Durchschnitt hatten die Leistungsempfänger — wie bereits erwähnt — 462 DM Wohnkosten im Monat zu zahlen. Das ergibt bei durchschnittlichen Bruttoeinnahmen in Höhe von 1 720 DM eine Wohnkostenbelastung von 27 %, was in etwa der Belastungsquote von 1986 entspricht. Wird von den Wohnkosten das monatlich ausgezahlte Wohngeld von durchschnittlich 158 DM abgezogen, so reduziert sich die mittlere Belastungsquote auf 18 %, d. h. die Bruttoeinnahmen der Wohngeldempfänger wurden nach Gewährung von Wohngeld um 9 Prozentpunkte weniger belastet. Die Entlastungswirkung des Wohngeldes ist bei den Mietzuschußempfängern größer als bei den Lastenzuschußempfängern. Der Anteil der Wohnkosten an den Bruttoeinnahmen ging durch die Wohngeldgewährung bei den Mietern von 27 % auf 17 % zurück, während sich bei den Wohnungseigentümern die Belastungsquote von knapp 28 % um nur 6 Punkte reduzierte.

Wohnkostenbelastung der Wohngeldempfänger nach monatlichen Bruttoeinnahmen 1987

Monatliche Bruttoeinnahmen von mehr als ... bis ... DM	Anteil Wohngeldempfänger in %	Durchschnittliche Wohnkostenbelastung ¹⁾	
		vor	nach
		Gewährung des Wohngeldes in %	
bis 500	1,9	71,9	24,7
500 - 750	10,8	40,1	18,1
750 - 1 000	18,8	37,2	21,0
1 000 - 1 500	28,3	31,9	19,9
1 500 - 2 000	13,3	28,7	17,8
2 000 - 3 000	11,7	24,4	16,6
3 000 - 4 000	10,2	22,0	17,5
4 000 - 5 000	2,8	20,4	16,9
über 5 000	2,1	12,9	10,7
Insgesamt	100	26,9	17,7

1) Verhältnis Wohnkosten zu Bruttoeinnahmen

Mit steigendem Einkommen nimmt die Wohnkostenbelastung ab. In der Tabelle sieht man die überproportional hohen Belastungsquoten der Leistungsempfänger mit niedrigem Einkommen, hier definiert durch monatliche Bruttoeinnahmen bis zu 1 500 DM, während Wohngeldempfänger mit 3 000 DM und mehr Brutto-

einnahmen deutlich unter der durchschnittlichen Belastungsquote von 27 % einzuordnen sind. Weil aber bei höheren Einkommen ein Wohngeldanspruch nur bei entsprechend höherer Zahl von Familienmitgliedern besteht, heißt eine geringere Relation von Wohnkosten zu Einkommen natürlich noch nicht, daß es den einzelnen Mitgliedern dieser Haushalte wirtschaftlich besser geht. Weiterhin verdeutlicht die Tabelle, daß das Wohngeld bei niedrigeren Einkommen erheblich stärker entlastet als bei höheren. Haushalte mit monatlichen Bruttoeinnahmen bis zu 500 DM hätten ohne Gewährung des Wohngeldes eine Wohnkostenbelastung von 72 %, durch das Wohngeld reduzierte sich die Belastungsquote um rd. 47 Prozentpunkte. Das Haushaltsbudget der Leistungsempfänger mit mehr als 5 000 DM Monateinnahmen wurde im Schnitt mit 11 % für Wohnkosten belastet, ohne Gewährung des Wohngeldes wären das 13 % gewesen. In der mit 28 % aller Wohngeldempfänger am stärksten besetzten Größenklasse der Bruttoeinnahmen — nämlich der zwischen 1 500 und 2 000 DM monatlich — machten die Wohnkosten 20 % aus, ohne Gewährung von Wohngeld wären es 32 % gewesen. Unabhängig von den Einkommensverhältnissen betrug der Anteil der Wohnkosten an den Bruttoeinnahmen für 36 % der Leistungsempfänger mehr als 20 Prozent. Mit diesem Belastungsgrad mußten 34 % der Mietzuschußempfänger und knapp die Hälfte der Lastenzuschußempfänger bei ihrer Haushaltsplanung rechnen.

Regionales Mietenniveau

Um zu verhindern, daß mit den Wohngeldleistungen das Wohnen in unangemessen teuren und großen Wohnungen finanziert wird, sind für die Berechnung des Wohngeldes Höchstbeträge gesetzt, bis zu denen die Wohnkosten bezuschußt werden. Maßgeblich für die Höhe der Obergrenzen ist neben der Haushaltsgröße, dem Jahr der Fertigstellung und der Ausstattung der Wohnungen auch das sogenannte regionale Mietenniveau, durch das eine Orientierung an den marktüblichen Mieten bei der Wohngeldberechnung gewährleistet sein soll. Dieser Ansatz, regionale Unterschiede hinsichtlich des Mietenniveaus zu berücksichtigen, ist erst mit der 6. Novelle in das Wohngeldgesetz aufgenommen worden. Vorher versuchte der Gesetzgeber mit Hilfe der Gemeindegrößen die Höchstbeträge so zu differenzieren, daß örtliche Wohnkostenunterschiede berücksichtigt werden konnten. Sonderauswertungen der Wohngeldstatistik zeigten aber Abweichungen von der im Berechnungsschema gemachten Grundannahme, daß die Mieten in großen Gemeinden höher sind als in kleinen. Gerade in kleinen Gemeinden der

Randgebiete von Großstädten liegen die Wohnkosten oft deutlich über denen in bevölkerungsreichen Gemeinden. Mit der Einführung des regionalen Mietenniveaus im Wohngeldgesetz wird den tatsächlichen Mietverhältnissen stärker Rechnung getragen mit der Folge — wie bereits an anderer Stelle erwähnt —, daß mehr Haushalte in die Förderung einbezogen werden konnten.

Das regionale Mietenniveau wird für unterschiedliche Wohnungskategorien aus durchschnittlicher prozentualer Abweichung der Quadratmetermiete der Wohngeld beziehenden Hauptmieter der jeweiligen Gemeinden von den Quadratmetermieten vergleichbaren Wohnraums im Bundesdurchschnitt ermittelt, und zwar gesondert für jede Gemeinde mit 20 000 und mehr Einwohnern und für die kleineren Gemeinden nach Kreisen zusammengefaßt. Nach dem Wohngeldgesetz werden den Gemeinden fünf Mietenstufen zugeordnet, und zwar umfaßt die Mietenstufe I ein Mietenniveau von mehr als 15 % unter dem Bundesdurchschnitt, die Mietenstufe II ein Mietenniveau von - 15 % bis unter - 5 %, die Mietenstufe III von - 5 % bis + 5 %, die Mietenstufe IV von 5 % bis 15 % und die Mietenstufe V ein Mietenniveau von mehr als 15 % über dem Bundesdurchschnitt. Je höher die Mietenstufe einer Gemeinde, desto höher sind auch die zuschufähigen Höchstbeträge für Wohnkosten der Wohngeldempfänger in dieser Gemeinde. Da dem regionalen Mietenniveau nur die Mieten der Wohngeld beziehenden Hauptmieter zugrunde liegt, ist das keine repräsentative Auswahl und deshalb auch kein Mietspiegel für eine bestimmte Region.

In Schleswig-Holstein gibt es keine Gemeinde der Mietenstufe I. Die folgende Übersicht zeigt das regionale Mietenniveau für 1987 im nördlichsten Bundesland:

Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern der Mietenstufe

- III - Heide, Husum, Schleswig, Flensburg
- IV - Eckernförde, Elmshorn, Geesthacht, Itzehoe, Neumünster, Rendsburg, Bad Oldesloe, Lübeck
- V - Ahrensburg, Henstedt-Ulzburg, Kiel, Norderstedt, Reinbek, Wedel, Pinneberg

Kreise (ohne Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern) der Mietenstufe

- II - Dithmarschen, Nordfriesland, Schleswig-Flensburg
- III - Rendsburg-Eckernförde, Steinburg
- IV - Ostholstein, Plön, Segeberg, Hztg. Lauenburg
- V - Pinneberg, Stormarn

Für die Berechnung des Wohngeldes und für die Tabellierung der Wohngeldstatistik erfolgt die Zuordnung der Gemeinden zu den fünf verschiedenen Mietenstufen auf der Grundlage des regionalen Mietenniveaus von 1984. Anhand des aktuellen Mietenniveaus werden möglicherweise Abweichungen zum Basisjahr 1984 aufgezeigt, die letztlich so gravierend sein können, daß im Rahmen der Wohngeldberechnung eine neue Zuordnung der Gemeinden zu den Mietenstufen durchgeführt werden muß. Die Tabelle zeigt den großen Anteil Wohngeldempfänger in den Regionen mit überproportional hohem Mietenniveau. 75 % der Leistungsempfänger 1987 lebten in Gemeinden, die zu den Mietenstufen IV oder V zählten, also in Regionen, wo das Mietenniveau der Hauptmieter um mindestens 5 bis 15 % den Bundesdurchschnitt übersteigt. Gut ein Drittel Wohngeldempfänger wohnten in den Hochkostenregionen der Mietenstufe V. Das macht deutlich, daß die staatliche Förderung vor allem dort einsetzt, wo das Wohnen teuer ist.

Wohngeldempfänger Ende 1987 nach Mietenstufe der Gemeinde¹

Mietenstufe	Abweichung des Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt in %	Wohngeldempfänger insgesamt in %	Davon	
			Mietenzuschuß %	Lastenzuschuß %
I	stärker als - 15	-	-	-
II	- 15 bis unter - 5	8,0	6,2	20,0
III	- 5 bis unter + 5	15,8	13,4	31,5
IV	+ 5 bis unter + 15	41,4	42,1	36,2
V	+ 15 und mehr	34,9	38,3	12,4
	Insgesamt	100	100	100

1) Berechnungsbasis 1984

Auffällig ist der relativ niedrige Anteil unter den Lastenzuschußempfängern, die ihre eigene Wohnung in Gegenden der Mietenstufe V besaßen (12 %). Sicher sind in diesen Regionen auch die Grundstückspreise verhältnismäßig hoch, was viele Bauherren, vor allem solche mit Wohngeldanspruch, davon abhält, dort zu bauen. Im Umkehrschluß ist wohl das die Erklärung für den relativ hohen Anteil Lastenzuschußempfänger in Gemeinden der Mietenstufe II.

Friedrich-Karl Wormeck

Kurzberichte

Kaufwerte für Bauland 1987

Bauland ist ein sehr verschiedenartiges Wirtschaftsgut, dessen Wert u. a. von der jeweiligen Lage, der Beschaffenheit, dem Verwendungszweck und vor allem vom großräumigen Baugebiet (z. B. Großstadt, Stadtumland, Fremdenverkehrsgebiet, ländlicher Bereich) bestimmt wird. Die vielfältigen Bewertungskriterien und persönlichen Präferenzen führen zu so unterschiedlichen Einzelpreisen, daß hier nur von durchschnittlichen „Kaufwerten“ aller einbezogenen Grundstücke gesprochen werden soll. Durch den Ausdruck „Kaufwert“ soll angezeigt werden, daß in der Durchschnittsberechnung Preise von Gütern zusammengefaßt werden, die nichtgleichnamig sind. Die hier dargestellten durchschnittlichen Kaufwerte können lediglich zu einer groben Orientierung dienen — isoliert betrachtet können sie leicht zu Fehlbeurteilungen führen. Aufgrund der geringen Fallzahl der umgesetzten Flächen können sich extreme Preise für einzelne Baulandflächen auf die Durchschnittswerte für die Kreise und kreisfreien Städte und sogar auf das Landesergebnis auswirken. Aufgrund erhebungstechnischer Veränderungen im Jahre 1984 ist die zeitliche Vergleichbarkeit der vorliegenden Werte noch stärker eingeschränkt, als dies bei dieser Statistik ohnehin der Fall ist.

Die Anzahl der 1987 verkauften baureifen unbebauten Grundstücke ist gegenüber dem Vorjahr um 9 % auf 2 458 zurückgegangen und liegt damit noch leicht unter dem Wert des Jahres 1985, dem Jahr mit der bis dahin niedrigsten Fallzahl. Die Gesamtfläche der verkauften Grundstücke hat jedoch um 2 % zugenommen, so daß die durchschnittliche Größe der Grundstücke von 814 Quadratmetern im Vorjahr auf 911 Quadratmeter im Jahr 1987 gestiegen ist. Die Summe der insgesamt für baureifes Land erzielten Erlöse ist um 2,2 % auf gut 241,8 Mill. DM zurückgegangen.

In den kreisfreien Städten war in Neumünster die umgesetzte Fläche gegenüber dem Vorjahr doppelt so groß und in Flensburg um fast zwei Drittel höher. In Kiel ging die Fläche um 29 % fast auf das Niveau von 1985 zurück, während sie in Lübeck nur unwesentlich kleiner war. In den Kreisen waren die relativen Flächenausweitungen in Schleswig-Flensburg (28 %), Nordfries-

land (18 %) und Segeberg (14 %) besonders ausgeprägt; die deutlichsten Einschränkungen sind in Steinburg (– 21 %), Plön (– 15 %) und im Herzogtum Lauenburg (– 8 %) festzustellen. Die durchschnittlichen Kaufwerte je Quadratmeter (arithmetisches Mittel) haben sich in den kreisfreien Städten besonders deutlich ermäßigt (– 25 % bis – 14 %). In den Kreisen sind sie in Plön (– 19 %) und im Herzogtum Lauenburg (– 18 %) am stärksten gesunken. Erhebliche Zunahmen gab es in den Kreisen Nordfriesland (23 %), Steinburg (18 %) und Segeberg (12 %).

Die Streuung der einzelnen Kaufpreise um den jeweils für die Gebietskörperschaft errechneten durchschnittlichen Kaufwert ist außerordentlich groß, so daß dieser Kaufwert für die Preisentwicklung auf dem jeweils betrachteten Markt für baureifes Land nur einen stark eingeschränkten Aussagewert hat. Als Beispiel sei Kiel erwähnt, wo zwei Kauffälle aufgrund der geringen Fallzahl in Kiel und ihres hohen, völlig aus dem Rahmen der übrigen Grundstücke fallenden, Quadratmeterpreises den durchschnittlichen Kaufwert stark nach oben gezogen haben. Würden diese Grundstücke, deren Flächenanteil nur 1,7 % beträgt, nicht in die Durchschnittsrechnung einbezogen, ergäbe sich ein durchschnittlicher Kaufwert von 144,41 DM (11 % unter dem ausgewiesenen durchschnittlichen Kaufwert).

Das Marktgeschehen kann etwas transparenter gemacht werden, wenn die Verteilung der Kaufsummen und Flächen auf die nach Quadratmeterpreisen in aufsteigender Folge geordneten Kauffälle betrachtet wird. Die drei Quartile teilen die geordneten Kauffälle in vier der Fallzahl nach gleiche Teilmengen. Der Median (II. Quartil) der Quadratmeterpreise hat für Schleswig-Holstein einen Wert von 93,48 DM. Auf diejenige Hälfte der Kauffälle, die im unteren Preisbereich liegen, entfallen 54 % der verkauften Flächen aber weniger als ein Drittel der Kaufsumme. Der um 16 % über dem Median liegende durchschnittliche Kaufwert in Höhe von 108 DM ist also besonders durch die teureren Grundstücke bedingt, auf die aber immerhin noch 46 % der Gesamtfläche entfallen. Drei Vierteln der insgesamt verkauften Grundstücke des unteren Bereichs entsprechen 79 % der Gesamtfläche, aber nur 55 % der Kaufsumme. Mit anderen Worten: Auf 25 % der Kauffälle mit den höchsten Quadratmeterpreisen sind nur 21 %

Baureifes Land in den Kreisen und kreisfreien Städten 1987
 Quartilswerte und durchschnittliche Kaufwerte

KREISFREIE STADT Kreis	Quartil ¹⁾ T: Gesamt- wert	Kumulierter Wert bis zum ... Quartil				Quartils- preis DM je m ²	Durch- schnittlicher Kaufwert
		Kaufsumme		Fläche			
		in 1 000 DM	in %	in 1 000 m ²	in %		
FLENSBURG	I	711	14	9	20	95	
	II	2 285	46	25	55	109	
	III	3 160	63	32	71	125	
	T	4 990	100	45	100		111
KIEL	I	3 209	30	31	46	124	
	II	5 771	53	48	73	175	
	III	7 717	72	59	88	220	
	T	10 790	100	66	100		162
LÜBECK	I	1 055	14	13	25	102	
	II	2 924	40	28	56	130	
	III	4 672	63	40	78	180	
	T	7 388	100	51	100		145
NEUMÜNSTER	I	990	23	16	37	70	
	II	1 433	33	22	50	83	
	III	1 965	45	28	64	98	
	T	4 357	100	44	100		100
Dithmarschen	I	858	10	38	27	31	
	II	2 171	25	71	51	48	
	III	3 781	44	101	71	67	
	T	8 665	100	141	100		62
Hzgt. Lauenburg	I	2 298	15	54	27	57	
	II	5 878	38	110	55	75	
	III	9 756	64	155	78	100	
	T	15 298	100	198	100		77
Nordfriesland	I	1 351	4	54	24	36	
	II	3 395	11	98	44	56	
	III	6 931	22	144	64	100	
	T	31 866	100	225	100		141
Ostholstein	I	1 798	10	42	21	57	
	II	7 010	39	120	60	75	
	III	11 148	62	163	81	116	
	T	17 932	100	202	100		89
Pinneberg	I	5 432	14	74	28	101	
	II	14 870	39	154	59	141	
	III	23 272	62	205	78	194	
	T	37 743	100	262	100		144
Plön	I	1 727	20	36	38	64	
	II	3 738	42	60	63	101	
	III	6 162	70	80	84	140	
	T	8 845	100	95	100		93
Rendsburg-Eckernförde	I	2 523	15	60	30	58	
	II	5 851	34	109	53	80	
	III	10 816	64	164	80	100	
	T	17 019	100	204	100		83
Schleswig-Flensburg	I	2 028	13	59	26	45	
	II	4 928	32	117	52	59	
	III	10 501	69	189	84	98	
	T	15 200	100	226	100		67
Segeberg	I	2 179	11	43	29	72	
	II	4 757	25	72	49	100	
	III	11 862	61	115	79	220	
	T	19 328	100	146	100		132
Steinburg	I	587	10	22	22	38	
	II	2 205	39	56	58	53	
	III	3 412	61	76	79	66	
	T	5 620	100	97	100		58
Stormarn	I	8 465	23	83	35	124	
	II	17 978	49	149	63	160	
	III	26 584	72	197	83	200	
	T	36 787	100	237	100		155
Schleswig-Holstein	I	24 810	10	616	27	58	
	II	68 988	29	1 212	54	93	
	III	133 870	55	1 770	79	149	
	T	241 829	100	2 239	100		108

1) in aufsteigender Folge nach DM je m² geordnete Kauffälle

der Fläche, aber 45 % der Kaufsumme in Schleswig-Holstein entfallen. Anders hingegen ist die Verteilung in Kiel: Der Median ist mit einem Quadratmeterpreis von 175 DM um fast 8 % höher als der durchschnittliche Kaufwert ausgewiesen. Auf diejenige Hälfte der Kauffälle im unteren Preisbereich entfallen 53 % der Kaufsumme, aber 73 % der Gesamtfläche. Das ist die stärkste Konzentration der Flächen im unteren Preisbereich, die in den Kreisen und kreisfreien Städten festzustellen war. Die großen Grundstücke sind also überwiegend zu Quadratmeterpreisen verkauft worden, die unter dem Medianwert lagen. Für das Viertel der Kauffälle mit den höchsten Quadratmeterpreisen wurden 28 % der Kaufsumme gezahlt, wobei auf diese Grundstücke nur 12 % der Fläche entfallen. Neben Kiel sind nur noch in den Kreisen Plön und Stormarn die Medianwerte höher als die durchschnittlichen Kaufwerte. Auch in diesen Kreisen gilt, daß derjenigen Hälfte der Kauffälle mit den niedrigeren Quadratmeterpreisen mehr als 60 % der Flächen und mehr als 40 % der Kaufsummen zuzuordnen sind.

Eine Schiefverteilung ganz anderer Art ist im Kreis Nordfriesland festzustellen. Für die Kauffälle unterhalb des ersten Quartils wurden nur 4 % der Kaufsumme ausgegeben bei 24 % Flächenanteil. Die preisgünstigere Hälfte der Kauffälle absorbierte 11 % der Kaufsumme und 44 % der Fläche. Dem Median entsprach ein Wert von 56,00 DM je Quadratmeter (durchschnittlicher Kaufwert 141,41 DM). Für Grundstücke oberhalb des dritten Quartils wurden 78 % der Kaufsumme ausgegeben, wobei auf diese Grundstücke 36 % des baureifen Landes in Nordfriesland entfielen. Bemerkenswert ist, daß diese Grundstücke ausnahmslos in renommierten Fremdenverkehrsgemeinden an der Westküste liegen. Der durchschnittliche Kaufwert für Nordfriesland wird also ganz entscheidend durch Baulandverkäufe in diesen Gemeinden bestimmt. Eine Orientierungsfunktion für den gesamten Kreis kann einem derartigen Kaufwert kaum beigemessen werden.

Dr. Friedrich-Wilhelm Lück

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl s = geschätzte Zahl
r = berichtigte Zahl D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts

- = nichts vorhanden

· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten

/ = Zahlenwert nicht sicher genug

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

... = Angabe fällt später an

Aus unserem Archiv

Kapitalgesellschaften mit Sitz in Schleswig-Holstein

Die erste Aktiengesellschaft in Schleswig-Holstein war die Altona-Kieler Eisenbahngesellschaft mit Konzession vom 28. Juni 1844. Auch die nächsten beiden Aktiengesellschaften waren Eisenbahnunternehmen (Glückstadt-Elmshorner Eisenbahngesellschaft 26. Juli 1844, Schleswigsche Eisenbahn 8. September 1852). Danach beteiligten sich Aktiengesellschaften vor allem an der Einrichtung von Gas- und Wasserwerken (Elmshorn 1855, Schleswig und Pinneberg 1856 usw.). Die erste Aktienbrauerei in der Provinz stand in Ratzeburg (1863), das erste Geldinstitut auf Aktien war die Kieler Vereinsbank (1865), die erste Aktiengesellschaft im verarbeitenden Gewerbe war die 1867 gegründete Norddeutsche Schiffswerft in Gaarden bei Kiel. Bis zum In-

krafttreten der Aktiengesetznovelle vom 11. 6. 1870 gab es in Schleswig-Holstein 19 Aktiengesellschaften; bis 1876 kamen 25 weitere dazu, von denen allerdings einige bald wieder eingingen (Quelle: Schleswig-Holsteinische Jahrbücher, redigiert von Wilh. Biernatzki, I. Bd. 1884, S. 330).

In der nachstehenden Tabelle sind bis 1941 nur die tätigen Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, also nicht die in Liquidation und Konkurs befindlichen, nachgewiesen. Die Zahlen ab 1955 umfassen dagegen die bei den Amtsgerichten registrierten Gesellschaften ohne Rücksicht darauf, ob sie wirtschaftlich tätig sind. Dies ist bei Vergleichen zu beachten.

Zeit (Jahresende)	Aktiengesellschaften einschl. KG auf Aktien		Gesellschaften mit beschränkter Haftung	
	Anzahl	Grundkapital Mill. Mark	Anzahl	Stammkapital Mill. Mark
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920				
1899	106	71,1	1904: 246	32,4
1906	124 ^a	113,9	1907: 343 ^b	43,6
1909 ¹⁾	133	155,9	403	46,1
1913	131	.	576	68,5
1919	130	193,6	780	89,9
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936				
1919	101	181,3	608	76,8
1923	213	6 050 125,5	1 195	129 156 198,0
		Mill. RM		Mill. RM
1926	164	160,5	.	.
1932	132	161,8	.	.
1935	114 ^a	142,4	.	.
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937				
1936	118	.	599 ^b	59,6
1937	86	151,3	475	56,3
1938	78	122,1	391	56,5
1940	73	142,2	.	.
1941	71	143,9	339	68,0
		Mill. DM		Mill. DM
1955	68 ^c	172,6	929 ^d	130,4
1958	69	207,6	964	182,1
1960	66	213,7	990	277,8
1963	68	247,1	1 229	408,2
1965	69 ^a	331,3	1 426 ^b	497,4

1) Stand 30. 9.

a) darunter mit einem Grundkapital von 1 Mill. M/RM/DM und darüber: 1906 = 36, 1935 = 33, 1965 = 36

b) darunter mit einem Stammkapital von 1 Mill. M/RM/DM und darüber: 1907 = 6, 1936 = 13, 1965 = 88

c) außerdem 4 RM-Gesellschaften mit einem Kapital von 15,8 Mill. RM

d) " 10 RM- " " " " " 9,2 Mill. RM

QUELLEN: 1899 und 1907: Zeitschrift des Königl. Preuß. Statist. Landesamts 1906 und 1909

1904, 1906 und 1909: Kaiserl. Statist. Amt, Vj.hefte z. Stat. d. Dt. Reichs 1907, 1910

1913: Königl. Preuß. Statist. Landesamt, Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat, 12. Jg. (1914)

1919, 1923, 1926 und 1932, 1935 bis 1941: Statist. Reichsamt, Vj.hefte z. Stat. d. Dt. Reichs 1921, 1924, 1927, 1933, 1936 bis 1939, 1941, 1942

1936 auch: Statist. Reichsamt, Stat. d. Dt. Reichs, Bd. 502

1955 ff: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

Entnommen aus: Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel 1967

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

40. Jahrgang . Heft 9 . September 1988

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988				
				Monats- durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 613	... ^a	2 612 ^b	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	...
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
*Eheschließungen	Anzahl	1 303	1 372	1 494 ^c	2 807 ^d	1 874	1 019	2 412	1 716
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,0	... ^a	8,7	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	...
* Lebendgeborene	Anzahl	2 058	2 163	1 797 ^c	2 594 ^d	2 269	2 227	2 325	2 174
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,5	... ^a	10,5	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 582	2 574	2 043 ^c	3 012 ^d	2 519	2 529	2 652	2 439
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,9	... ^a	11,9	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	...
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	16	16	14 ^c	23 ^d	23	22	12	13
* je 1 000 Lebendgeborene		7,8	7,4	7,8	8,9	10,1	9,9	5,2	6,0
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 524	- 411	- 246 ^c	- 418 ^d	- 250	- 302	- 327	- 265
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,4	... ^a	- 1,4	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	... ^a	...
WANDERUNGEN											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 195	5 199	6 110 ^c	4 289 ^d	5 762
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 795	4 769	6 349 ^c	3 608 ^d	4 963
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 400	+ 430	- 239 ^c	+ 681 ^d	+ 799
*Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 548	9 174	11 639 ^c	6 635 ^d	8 184
Wanderungsfälle	Anzahl	19 538	19 142	24 098 ^c	14 532 ^d	18 909
ARBEITSLAGE											
*Arbeitslose (Monatsende)	1 000	114	111	102	105	105	109	103	101	104	
darunter *Männer	1 000	65	64	59	59	59	63	58	57	58	
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	10,6	10,1	7,1	4,7	2,7	12,3	7,8	4,8	3,0	
darunter Männer	1 000	9,4	8,8	6,2	3,9	2,2	11,4	7,0	4,1	2,4	
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	4,3	5,4	6,4	6,4	5,9	6,6	6,9	6,7	5,9	
LANDWIRTSCHAFT											
VIEHBESTAND											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 540 ^e	1 497 ^e	.	1 547	.	.	.	1 504	.	
darunter *Milchkühe				
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	514 ^e	480 ^e	.	465	.	.	.	450	.	
*Schweine	1 000	1 718 ^e	1 632 ^e	.	.	.	1 647	.	.	.	
darunter *Zuchtsauen	1 000	191 ^e	169 ^e	.	.	.	167	.	.	.	
darunter *trächtig	1 000	129 ^e	116 ^e	.	.	.	111	.	.	.	
SCHLACHTUNGEN²⁾											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	48	47	38	37	40	36	39	41	33	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	227	213	197	218	210	198	219	213	196	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	3	3	2	2	2	1	1	1	1	
*SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾											
(ohne Geflügel)	1 000 t	32,6	31,3	27,3	28,7	29,1	27,7	30,4	30,5	26,4	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	14,0	13,6	10,8	10,6	11,5	10,7	11,7	12,5	9,8	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	18,4	17,4	16,2	17,8	17,2	16,7	18,4	17,6	16,2	
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	292	294	289	291	288	300	301	304	298	
Kälber	kg	117	119	126	125	122	126	127	126	127	
Schweine	kg	82	83	83	82	83	84	84	83	83	
GEFLÜGEL											
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	122	101	
*für Legehennenküken				
für Masthühnerküken	1 000	1	1	-	-	-	-	-	-	-	
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	120	126	
*MILCHERZEUGUNG											
	1 000 t	218	199	250	227	203	213	246	221	199	
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	98	98	98	96	97	98	97	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,8	13,2	16,2	15,2	13,2	14,7	16,5	15,4	13,4	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat
 a) Die Veröffentlichung der Bevölkerungszahlen sowie der Zahlen, die auf die Bevölkerung Bezug nehmen, wird ab Juni 1987 bis zum Vorliegen der neuen Ausgangsbasis (Volkszählungsergebnis vom 25. Mai 1987) ausgesetzt b) 24.5.1987 c) 1.5. bis 24.5.1987 d) 25.5. bis 30.6.1987 e) Dezember

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988			
				Monats- durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	167	164	163	164	164	163	164	165	166
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	112	111	112	112	110	110	111	113
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 705	15 228	15 006	15 257	14 501	15 183	15 073	15 703	13 662
*Lohnsumme	Mill. DM	328,7	331,1	322,4	338,7	352,2	334,3	329,9	351,8	345,7
*Gehaltssumme	Mill. DM	229,1	239,1	242,1	252,6	232,4	241,4	246,5	269,0	247,7
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 698	1 763	1 537	1 591	1 489	1 842	1 784	1 878	1 586
aus dem Inland	Mill. DM	1 123	1 177	1 053	1 077	1 046	1 102	1 222	1 249	1 064
aus dem Ausland	Mill. DM	575	586	484	514	443	739	563	629	522
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 054	2 995	2 984	3 067	2 744	3 073	3 019	3 247	2 939
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 399	2 321	2 262	2 317	2 197	2 258	2 375	2 513	2 177
*Auslandsumsatz	Mill. DM	656	675	722	750	547	815	644	735	762
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	15	14
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	34,8	39,0
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	51	76
*Leichtes Heizöl	1 000 t	10	8
*Schweres Heizöl	1 000 t	42	68
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	242	255	247	238	239	255	260	261	256
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	26	29	27	26	25	29	32	31	31
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1980 = 100	104,5	109,6	110,6	108,7	97,7	112,4	115,9
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 895	39 653	40 876	41 152	41 673	37 032	37 782	38 063	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 271	4 128	4 788	5 072	5 257	4 031	4 380	4 810	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	1 587	1 478	1 674	1 839	1 741	1 465	1 668	1 760	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	941	991	1 159	1 143	1 261	958	975	1 111	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 629	1 566	1 863	1 963	2 116	1 526	1 647	1 818	...
*Lohnsumme	Mill. DM	87,1	87,1	95,3	102,1	108,7	80,8	90,6	95,1	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	17,8	18,2	17,4	19,3	18,2	17,0	17,6	18,8	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	370,0	343,9	328,9	402,4	431,7	277,5	352,6	443,1	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	210,9	204,4	233,0	241,9	205,9	208,7	241,1	328,8	...
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 068	7 074	6 881	7 005	7 116	6 993	6 982	7 046	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	842	840	799	829	840	788	826	872	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	17,9	18,7	17,5	19,9	20,1	18,0	19,0	20,9	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	52,6	53,4	50,0	53,8	57,6	47,3	48,4	55,7	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 875	2 362	1 471	1 078	2 289	2 149	2 348
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	909	931	879	804	757	937	860
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	97,6	98,2	.	97,8	.	.	.	98,7	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	136,8	142,0	.	140,3	.	.	.	147,0	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Ab März 1988 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988			
				Monats- durchschnitt	Mai	Junl	Juli	April	Mai	Junl
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	486	428	561	628	537	536	560	544	533
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	425	388	510	578	490	469	509	495	469
*2 Wohnungen	Anzahl	47	26	32	37	26	47	36	35	38
*Rauminhalt	1 000 m³	345	306	392	428	443	396	404	398	405
*Wohnfläche	1 000 m²	62	54	68	76	73	68	71	71	73
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	97	108	117	142	121	100	133	130	149
*Rauminhalt	1 000 m³	400	414	380	537	382	454	494	423	728
*Nutzfläche	1 000 m²	64	73	65	87	78	72	79	79	125
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	727	609	756	815	771	788	725	709	778
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	797,9	846,4	830,1	841,9	754,9
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	130,7	128,5	162,6	127,1	90,9
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	667,2	717,9	667,5	714,8	665,0
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	14,8	14,7	14,3	17,7	11,4
*Halbwaren	Mill. DM	47,5	47,5	56,1	57,3	47,1
*Fertigwaren	Mill. DM	604,9	655,7	597,1	639,8	606,5
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	87,3	94,7	103,5	107,4	80,2
*Enderzeugnisse	Mill. DM	517,6	560,9	493,6	532,4	526,2
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	398,0	404,9	408,3	431,0	380,0
darunter Niederlande	Mill. DM	78,5	75,9	75,2	83,6	70,8
Dänemark	Mill. DM	73,1	73,4	77,9	77,8	57,8
Frankreich	Mill. DM	72,0	73,1	65,4	80,7	93,5
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	66,0	66,9	79,9	73,8	53,6
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	100	p 105,6	p 103,3	p 104,2	p 115,2	p 105,0	p 108,5	p 109,4	...
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	100	p 102,9	p 116,5	p 131,1	p 150,7	p 102,9	p 122,9	p 127,7	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSSATTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	258	257	348	398	476	238	p 360	p 391	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	32	32	34	43	77	26	p 32	p 42	...
*Übernachtungen	1 000	1 423	1 428	1 691	2 369	3 362	1 144	p 1 739	p 2 239	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	58	59	66	79	122	52	p 63	p 77	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 323	...	1 332	1 337
Güterversand	1 000 t	743	...	869	735
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	135	113	95	104	89	106	185	168	...
*Güterversand	1 000 t	159	155	154	149	156	128	190	185	...
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder	Anzahl	10 184	10 479	11 989	11 424	11 101	11 767	11 008
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	216	235	404	281	261	553	480
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	9 316	9 535	10 779	10 197	10 176	10 396	9 719
*Lastkraftwagen	Anzahl	382	410	449	445	381	442	509
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	382	410	449	445	381	442	509
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 396	1 317	1 527	1 473	1 613	1 149	1 737	p 1 691	p 1 561
*Getötete Personen	Anzahl	31	28	32	31	27	26	47	p 36	p 24
*Verletzte Personen	Anzahl	1 799	1 699	1 972	1 988	2 121	1 496	2 234	p 2 115	p 2 034

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge
 2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988			
				Monats- durchschnitt ¹⁾	MaI	Juni	Juli	April	Mai	Juni
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	73 724	76 179	74 686	75 336	75 233	76 514	76 133	76 606	76 541
darunter										
*Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	72 255	74 711	73 255	73 876	73 761	75 072	74 669	75 173	75 129
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 721	8 868	9 157	9 493	9 164	9 130	8 742	9 259	8 968
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 384	8 685	9 064	9 275	8 769	8 922	8 650	9 097	8 789
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	337	185	92	218	395	208	92	161	179
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	5 304	4 376	4 700	4 660	4 553	4 311	4 251	4 264	4 231
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 077	3 693	4 001	3 946	3 851	3 598	3 603	3 629	3 602
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 308	684	699	714	701	714	649	636	629
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	57 149	61 466	59 398	59 723	60 045	61 631	61 676	61 650	61 930
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	43 173	45 288	43 839	44 067	44 289	45 517	45 546	45 614	45 829
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 977	16 178	15 559	15 656	15 755	16 114	16 130	16 035	16 101
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	50 691	54 562	51 720	51 816	52 361	54 915	55 242	54 973	55 253
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	31 571	34 412	32 382	32 429	32 965	34 669	34 979	34 674	35 021
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	24 780	27 033	25 176	25 429	25 835	27 367	27 565	27 436	27 720
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 791	7 379	7 207	7 000	7 130	7 302	7 413	7 237	7 301
*Spareinlagen	Mill. DM	19 120	20 150	19 338	19 387	19 396	20 247	20 263	20 299	20 232
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namenschuldverschreibungen)	Mill. DM	13 759
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	1 088	1 023	.	.	2 704
*Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	975	990	.	.	2 640
ZÄHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	73	63	55	66	52	59	64	36	66
*Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	281	227	222	199	219	191	215	168	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,9	1,7	1,4	1,2	1,6	1,3	2,0	1,4	...
STEUERN										
		Vierteljahres- durchschnitt		2.Vj.87			2.Vj.88			
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART										
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 564,8	2 711,6	.	2 401,6	.	.	.	2 550,7	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 827,3	1 900,2	.	1 674,4	.	.	.	1 777,3	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 323,8	1 422,2	.	1 251,1	.	.	.	1 313,9	.
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	249,6	257,3	.	203,7	.	.	.	210,2	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	29,8	36,7	.	44,9	.	.	.	59,2	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	224,2	184,1	.	174,7	.	.	.	194,0	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	737,4	811,4	.	727,2	.	.	.	773,3	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	438,7	498,0	.	407,6	.	.	.	415,7	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	298,8	313,4	.	319,6	.	.	.	357,6	.
*Bundessteuern	Mill. DM	134,1	132,5	.	123,3	.	.	.	112,7	.
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	.	0,0	.	.	.	0,0	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	120,0	117,8	.	109,8	.	.	.	103,0	.
*Landessteuern	Mill. DM	187,3	180,6	.	191,6	.	.	.	194,7	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	25,8	30,1	.	29,7	.	.	.	32,1	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	90,5	83,7	.	98,1	.	.	.	92,3	.
*Biersteuer	Mill. DM	7,1	6,7	.	6,6	.	.	.	7,1	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	278,3	276,7	.	268,3	.	.	.	300,8	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,6	7,7	.	7,6	.	.	.	7,7	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	67,5	68,9	.	64,1	.	.	.	65,5	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	193,5	190,7	.	187,9	.	.	.	218,7	.
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 330,4	1 401,2	.	1 249,7	.	.	.	1 318,0	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	700,1	726,1	.	640,0	.	.	.	687,4	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	479,3	527,4	.	472,7	.	.	.	502,7	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,9	15,3	.	13,7	.	.	.	15,2	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 518,6	1 549,2	.	1 360,6	.	.	.	1 430,0	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	865,8	895,4	.	792,8	.	.	.	834,6	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	448,5	458,0	.	362,5	.	.	.	385,5	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,9	15,3	.	13,7	.	.	.	15,2	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	510,3	519,2	.	488,7	.	.	.	535,5	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	159,7	160,2	.	160,5	.	.	.	188,3	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	265,9	273,1	.	247,8	.	.	.	265,1	.

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1986	1987	1987			1988			
			Monats- durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100									
Einfuhrpreise	101,0	94,4	94,4	94,9	95,3	94,1	94,6	95,5	...
Ausfuhrpreise	116,8	115,5	115,4	115,5	115,7	117,4	117,8	118,4	...
Grundstoffpreise ⁶⁾	104,7	99,7	99,1	99,7	100,4	100,6	101,2	102,3	...
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾ 1985 = 100	97,5	95,1	94,7	94,8	95,1	95,8	96,0	96,3	...
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	97,2	93,9	93,9	93,9	92,3	92,5	p 91,4	p 92,8	...
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	116,2	118,6	118,5	.	.	.	120,9	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	108,4	103,9	104,6	104,3	103,6	104,0	p 103,9	p 104,6	...
Einzelhandelspreise	117,3	117,8	118,2	118,2	118,0	118,6	118,7	119,0	118,6
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	120,7	121,0	121,1	121,3	121,3	122,2	122,4	122,6	122,5
darunter für									
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	117,6	117,0	118,3	118,0	117,6	117,4	117,6	118,2	117,5
Bekleidung, Schuhe	120,6	122,2	122,0	122,1	122,1	123,5	123,6	123,6	123,6
Wohnungsmieten	125,4	128,7	128,4	128,6	128,8	130,9	131,2	131,4	131,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	116,4	106,1	104,7	106,0	106,4	103,4	103,1	102,9	102,8
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	119,1	120,5	120,4	120,5	120,5	121,7	121,8	121,9	121,9
LÖHNE UND GEHALTER									
- Effektivverdienste in DM -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
*männliche Arbeiter	715	735	.	.	747	747
darunter *Facharbeiter	746	768	.	.	782	781
*weibliche Arbeiter	496	515	.	.	524	531
darunter *Hilfsarbeiter	470	488	.	.	500	502
Bruttostundenverdienste									
*männliche Arbeiter	17,53	18,07	.	.	18,11	18,73
darunter *Facharbeiter	18,38	18,95	.	.	19,02	19,64
*weibliche Arbeiter	12,60	13,13	.	.	13,20	13,59
darunter *Hilfsarbeiter	12,00	12,49	.	.	12,59	12,88
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	40,7	40,5	.	.	41,2	39,9
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,4	39,2	.	.	39,7	39,1
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	4 273	4 456	.	.	4 457	4 600
*weiblich	2 925	3 051	.	.	3 055	3 151
Technische Angestellte									
*männlich	4 370	4 543	.	.	4 567	4 674
*weiblich	2 839	2 958	.	.	2 963	3 061
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 425	3 554	.	.	3 568	3 665
*weiblich	2 347	2 433	.	.	2 433	2 509
Technische Angestellte									
männlich	3 436	3 462	.	.	3 479	3 673
weiblich	2 192	2 219	.	.	2 264	(2 494)
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 699	3 845	.	.	3 853	3 971
weiblich	2 509	2 606	.	.	2 607	2 693
Technische Angestellte									
männlich	4 304	4 466	.	.	4 492	4 611
weiblich	2 789	2 898	.	.	2 905	3 049

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken

3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Oberschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1983	2 618	5,7	9,0	11,9	- 8	6	1 135	72	364	232	466
1984	2 615	5,8	8,8	11,8	- 8	5	1 144	72	344	250	479
1985	2 614	5,8	8,8	12,0	- 8	9	1 146	60	351	244	492
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5	1 151	58	342	234	518
1987	- 5	...	1 155	62	336	247	511

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ³⁾				
	Schüler im September ²⁾ in					von 100 Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
1983	163	16	74	80	2	11	38	33	18	59 405	4,7	53 395	1,6	95
1984	152	15	68	76	2	10	38	33	19	62 422	5,1	55 083	3,2	95
1985	144	14	62	73	2	10	37	32	21	64 158	2,8	55 380	0,5	94
1986	137	13	58	70	2	10	35	33	23	67 593	5,4	56 695	2,4	95
1987	133	13	53	67	2	69 729	3,2	57 404	1,3	94

Jahr	Landwirtschaft											
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁶⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t			
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben	
1983	1 616	574	1 733	(3 810) ^{a)}	480	3 034	2 747	4 928	2 085	93	589	
1984	1 627	545	1 767	3 457	571	3 057	2 674	4 780	2 320	187	831	
1985	1 592	526	1 743	(2 995) ^{a)}	575	2 944	2 600	4 853	2 240	178	776	
1986	1 540	514	1 718	3 214	612	2 909	2 612	5 020	2 437	152	769	
1987	1 497	480	1 632	...	595	2 761	2 388	4 802	2 132	121	494	

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾											Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme in Mill. DM	ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom ⁸⁾		
1983	166	114	195	3 620	2 432	34 185	6 352	227	1 111	579	290	50
1984	165	113	194	3 673	2 485	36 236	8 090	231	1 346	568	312	49
1985	166	114	192	3 829	2 597	36 550	7 873	200	1 207	556	318	42
1986	167	114	188	3 945	2 749	36 650	7 867	180	865	501	319	41
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 289	562	333	41

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen, 1983 und 1984 Ergebnisse der 0,4%-EG-Arbeitskräftestichprobe

2) 1984: November

3) 1985 bis 1987 vorläufiges Ergebnis

4) ohne Ammen- und Mutterkühe

5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

6) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

7) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

8) ohne Eigenerzeugung

9) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Mit früheren Jahren eingeschränkt vergleichbar

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 24. 5. 1987		Bevölkerungsveränderung im Mai 1987			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juli 1988 (vorläufige Zahlen)			
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Oberschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat ¹⁾	Vorjahres- monat						
		in %							
FLENSBURG	85 361	+ 0,0	.	- 2	19	17	35	-	47
KIEL	244 164	+ 0,0	.	- 44	162	118	118	-	149
LOBECK	208 085	- 0,1	.	- 89	- 170	- 259	119	1	129
NEUMONSTER	77 580	- 0,1	.	- 4	- 91	- 95	43	1	59
Dithmarschen	128 037	- 0,1	.	- 23	- 95	- 118	62	1	80
Hzgt. Lauenburg	157 605	- 0,0	.	- 44	41	- 3	73	-	88
Nordfriesland	160 479	+ 0,1	.	32	138	170	147	6	200
Ostholstein	196 680	+ 0,1	.	- 47	234	187	160	2	211
Pinneberg	262 787	- 0,0	.	- 19	- 8	- 27	143	2	192
Plön	117 895	- 0,1	.	1	- 64	- 63	73	1	90
Rendsburg-Eckernförde	247 264	- 0,1	.	- 17	- 139	- 156	142	1	185
Schleswig-Flensburg	182 681	-	.	4	- 4	0	100	1	135
Segeberg	219 066	+ 0,1	.	5	175	180	152	6	205
Steinburg	125 760	- 0,4	.	12	- 565	- 553	78	2	104
Stormarn	198 415	+ 0,1	.	- 11	128	117	116	-	160
Schleswig-Holstein	2 611 859	- 0,0	.	- 246	- 239	- 485	1 561	24	2 034

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1988		
	Betriebe am 31. 7. 1988	Beschäftigte am 31. 7. 1988	Umsatz ⁴⁾ im Juli 1988 Mill. DM	insgesamt ⁵⁾	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	70	8 526	152	36 970	33 166	388
KIEL	127	21 922	455	103 362	92 974	381
LOBECK	138	20 395	274	87 610	78 774	378
NEUMONSTER	68	10 179	96	37 055	33 157	426
Dithmarschen	65	6 350	232	70 581	57 427	448
Hzgt. Lauenburg	98	7 814	90	82 579	71 991	457
Nordfriesland	59	3 030	65	85 747	70 035	437
Ostholstein	81	6 166	104	95 823	82 779	421
Pinneberg	188	20 267	297	136 573	119 732	456
Plön	47	2 619	41	63 703	54 094	459
Rendsburg-Eckernförde	125	9 728	151	132 400	111 985	453
Schleswig-Flensburg	81	5 095	112	99 189	81 354	445
Segeberg	165	16 812	308	130 065	112 707	515
Steinburg	82	9 070	169	70 496	58 501	463
Stormarn	157	17 903	392	108 954	96 677	488
Schleswig-Holstein	1 552	165 876	2 939	1 341 107	1 155 353	442

1) 30. 4. 1987 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Fahrzeuge ohne Fahrzeugbrief 6) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1987			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 7. 1988	Kurzarbeiter Monatsmitte Juli 1988	offene Stellen 31. 7. 1988	Schweine insgesamt am 3. 4. 1988	Rindvieh am 3. 12. 1987	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 612,4	+ 4,7	- 0,0	104	3	6	1 647,3	1 497	480
Hamburg	1 568,8	- 12,5	- 0,5	97	3	5	6,4	12	3
Niedersachsen	7 192,1	+ 1,6	- 0,0	317	18	18	7 581,3	3 221	1 010
Bremen	653,8	- 9,5	- 0,6	43	1	2	7,6	16	5
Nordrhein-Westfalen	16 673,1	- 1,4	+ 0,1	758	97	43	6 248,9	1 950	567
Hessen	5 547,9	+ 3,1	+ 0,3	153	6	16	1 152,8	788	253
Rheinland-Pfalz	3 608,3	- 1,0	- 0,1	108	3	10	578,9	579	202
Baden-Württemberg	9 335,9	+ 5,0	+ 0,6	206	12	44	2 392,6	1 708	626
Bayern	11 029,8	+ 5,3	+ 0,5	269	16	40	4 094,7	5 048	1 909
Saarland	1 040,8	- 7,1	- 0,3	50	1	3	41,3	69	23
Berlin (West)	1 880,0	- 11,4	+ 1,0	95	1	11	3,1	1	0
Bundesgebiet	61 142,5	+ 0,8	+ 0,2	2 199	159	199	23 754,7	14 867	5 077

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im April 1988	
	Beschäftigte am 31. 5. 1988 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Mai 1988		Beschäftigte am 30. 4. 1988		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	164	3 019	21	37	.	788	.
Hamburg	134	5 217	14	20	.	116	.
Niedersachsen	637	13 033	31	101	.	2 007	.
Bremen	76	1 942	35	10	.	85	.
Nordrhein-Westfalen	1 934	35 196	30	214	.	3 690	.
Hessen	623	9 848	30	82	.	1 329	.
Rheinland-Pfalz	364	7 465	37	57	.	1 150	.
Baden-Württemberg	1 427	23 057	33	166	.	3 669	.
Bayern	1 348	20 901	34	221	.	5 649	.
Saarland	133	2 319	33	15	.	154	.
Berlin (West)	161	3 752	12	31	.	239	.
Bundesgebiet	7 001	125 749	30	955	.	18 876	.

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 1. 1988			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Mai 1988			Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 31. 5. 1988 in DM Je Einw.	Steuereinnahmen			
	ins- gesamt ⁵⁾ in 1 000	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte		Verun- glückte je 100 Unfälle	des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
							im 1. Vierteljahr 1988				
		in DM je Einwohner									
Schleswig-Holstein	1 351	1 155	.	1 737	47	2 234	131	7 756	588	561	.
Hamburg	702	629	.	984	9	1 182	121	11 077	835	3 153	.
Niedersachsen	3 867	3 282	.	3 881	109	4 980	131	9 616	585	535	.
Bremen	292	263	.	-	-	-	-	10 849	700	1 451	.
Nordrhein-Westfalen	8 494	7 554	.	8 247	141	10 448	128	10 513	657	985	.
Hessen	3 150	2 725	.	3 085	58	4 036	133	12 073	750	991	.
Rheinland-Pfalz	2 095	1 760	.	2 025	48	2 760	139	11 289	647	679	.
Baden-Württemberg	5 338	4 517	.	4 776	120	6 397	136	12 514	736	901	.
Bayern	6 373	5 180	.	6 142	167	8 088	134	12 704	666	752	.
Saarland	561	497	.	627	3	828	133	10 191	583	647	.
Berlin (West)	786	687	.	1 316	14	1 621	124	9 595	569	1 337	.
Bundesgebiet	33 115 ^a	28 304 ^a	.	33 194 ^b	732 ^b	43 035 ^b	132 ^b	11 162	668	907	.

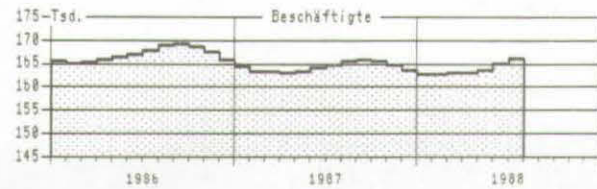
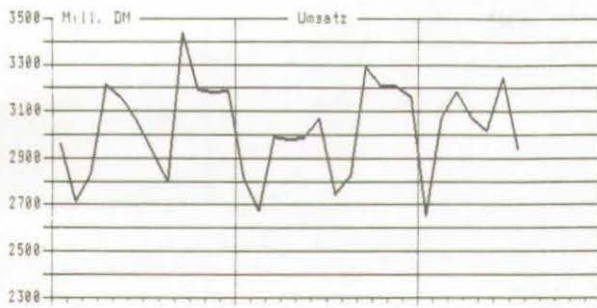
*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) ohne Bundespost und Bundesbahn
 5) einschließlich Fahrzeuge ohne Fahrzeugbrief 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige
 Zahlen 8) ohne Postspareinlagen
 a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn b) Bundesgebiet ohne Bremen

Entwicklung im Bild

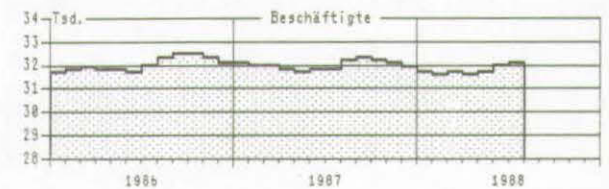
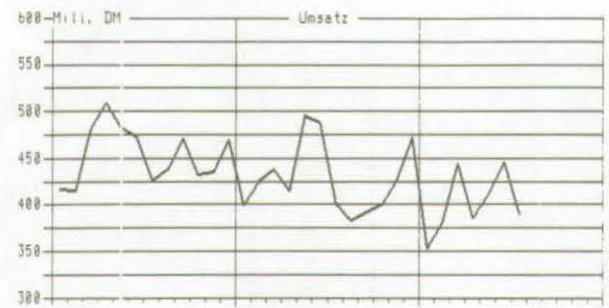
D 5608 Stat. LA S-H (B)

Verarbeitendes Gewerbe

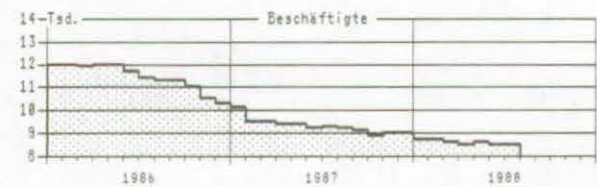
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



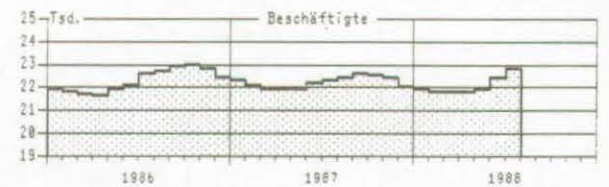
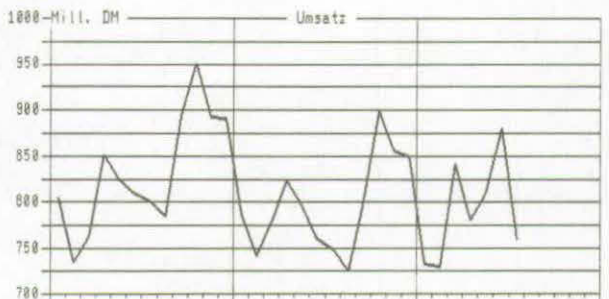
darunter Maschinenbau



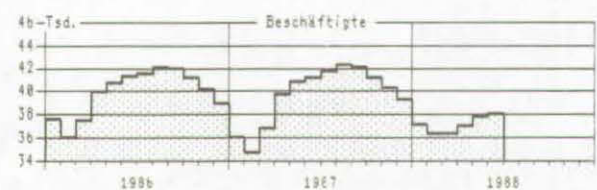
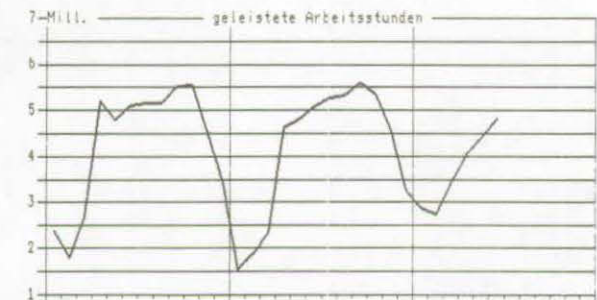
darunter Schiffbau



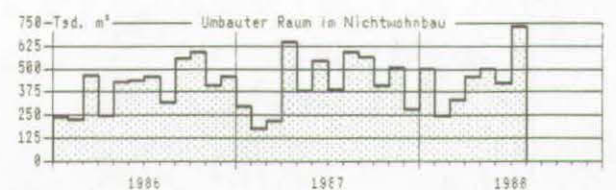
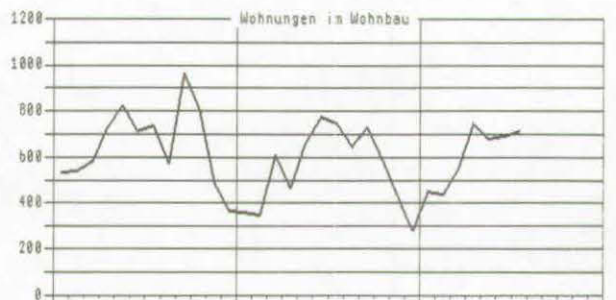
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 6 89 50

Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck

Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtener Str. 65a - Auflage: 700

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -